

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2,- Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntag-
beilage 'Volk und Welt'...

Telegramm-Adresse:
'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 11. Juni 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsbüro: Berlin SW. 68, Hauptstraße 10...

Hindenburg hat eine Schlacht verloren.

Zentrum und Demokraten korrigieren Marx.

Für die sozialdemokratische Massenkundgebung am näch-
sten Montag und für den Volksentscheid selbst konnte es keinen
besseren Auftakt geben als die gestrige Reichstagsitzung...

Die Erklärung der Sozialdemokratischen
Reichstagsfraktion ist Satz für Satz eine vernichtende
Widerlegung der abgeklapperten Redensarten von 'Recht
und Moral'...

Dann aber kam mit der Erklärung des Reichskanzlers
Marx die Katastrophe. Kopfschüttelnd fragte man sich, wer
denn dieses unmögliche Schriftstück aufgesetzt haben könne...

Herrn Marx hatte man bisher allgemein ein Talent
nachgesagt, das Talent beruhigend zu wirken. Davon
war gestern nichts zu merken. Seine Erklärung mußte auf-
peitschend wirken...

Immer lauter wurde das jubelnde Entzücken rechts,
immer stürmischer der Protest links, während sich den Ab-
geordneten der Mitte bei jedem Satz die Haare vor Entsetzen
höher sträubten.

Der gestrige Tag wäre ein schwarzer Tag der deutschen
Geschichte geworden, wenn diese wenig würdige und wenig
männliche Regierungserklärung bei der Mehrheit des Reichs-
tags widerspruchslos Zustimmung gefunden hätte...

Die Regierungserklärung hat wiederum das Gegenteil
von dem erreicht, was sie bezweckte. Sie sollte den Reichs-
präsidenten decken, sie hat nur die Isolierung der Re-
gierung herbeigeführt.

Es war ein parlamentarischer Erlebnis von außerordent-
licher Bedeutung, als sich Herr v. Guérard, der sonst auf
dem rechten Zentrumslügel steht, erhob, um namens der
Zentrumspartei über den Hindenburg-Brief das gerade
Gegenteil dessen zu sagen, was in der Regierungser-
klärung gesagt ist...

Nach Abgabe dieser beiden Erklärungen, von denen be-
sonders die des Herrn v. Guérard durch ihre schneidende
Schärfe allgemein auffiel, stand fest, daß die Mehrheit
des Reichstags den Briefwechsel des Reichs-
präsidenten mißbilligt. Herr v. Hindenburg hatte
eine Schlacht verloren und Herr Marx mit ihm!

Es besteht kein Zweifel daran, daß Guérard und Koch
ausgesprochen haben, was auch die Mitglieder des Kabinetts
denken. Wir glauben nicht falsch unterrichtet zu sein, wenn
wir annehmen, daß die beiden protestierenden Parteien auf
Grund vorangegangener Fühlungnahme von der Regierung
eine erkennbare Preisgabe der Voebellschen Treibereien
erwartet hatten. Die Enttäuschung, die ihnen der endgültige
Text der Regierungserklärung bereitete, verschärfte den Ton
ihrer Erwiderung.

Auf alle Fälle: der Reichstag hat gestern dem Reichs-
präsidenten deutlich gesagt, daß er sein Verhalten nicht billigt
und daß er von ihm in Zukunft mehr Zurückhaltung
und mehr Vorsicht in der Wahl seiner politischen Freund-
schaften erwartet.

Mit diesem Ergebnis kann man fürs erste zufrieden
sein, das Weitere wird da Volk am 20. Juni zu sagen
haben. Am 20. Juni fällt die Entscheidung über die künftige

Gestaltung der politischen Machtverhältnisse in Deutschland.
Sie fällt gewiß nicht bei der Abstimmung über einen als
„Misstrauensvotum“ bezeichneten Leitartikel der „Roten
Fahne“, den die Kommunisten dem Reichstag vorgelegt haben.

Die Entscheidungen fallen jetzt nicht im Reichstag, sondern
im Volk selbst. Jede Ablenkung von dem Ziel des 20. Juni
stiftet Verwirrung und ist schädlich!

Die Regierungsvorlage über die Fürsten-
abfindung geht in den Ausschuss. Auch die Debatte über
sie entbehrt nicht des politischen Interesses. Herr Marx ver-
kündete, daß im Reichstag unbedingt etwas zustande kommen
müsse, falls der Volksentscheid — wie die Regierung es ja
wünscht — sein Ziel nicht erreicht. In diesem Fall will die
Regierung für ihr Abfindungsgeheiß kämpfen und es nötigen-
falls auch auf eine Reichstagsauflösung ankommen lassen.

Nächst dem Sieg im Volksentscheid ist die Reichstagsauf-
lösung für uns die zweitangenehmste Aussicht. Es juckt einem
in den Fingern, wenn man sich vorstellt, wie die Rechts-
parteien bei Reumähen unter der Fürstenparole Brügel
beziehen würden!

Dazu bietet sich aber auch schon am 20. Juni Gelegenheit!
Der Donnerstag war der Tag der parlamenta-
rischen Abrechnung. Am Montag treten in Berlin die
Massen auf den Plan. Am Sonntag, den 20. Juni, fällt
die große Entscheidung. Der Donnerstag war gut, der
Montag muß die Steigerung bringen, der übernächste Sonntag
den krönenden Abschluß.

Es lebe der Kampf!

Nach den Ausführungen des Reichskanzlers gaben die
Vertreter des Zentrums und der Demokraten, wie wir bereits

in einem Teil der Abendausgabe mitteilten, im Reichstag
gestern folgende Erklärung ab:

Abg. v. Guérard (Ztr.):

Die Zentrumsfraktion vermag nicht anzuerkennen, daß die An-
gelegenheit des bekannten Briefes des Reichspräsidenten durch die
lebhafte auf die staatsrechtliche und verfassungsrechtliche Seite der
Sache eingehende Erklärung des Reichskanzlers erschöpft sei. (Leb-
haftes Hör! hört! links.) Der Brief des Reichspräsidenten ist an
sich ein politischer Akt. (Sehr wahr! beim Zentrum und links.) Er
behandelt die aktuellste politische Frage der Gegenwart, eine Frage
von solcher Tragweite, daß sie das deutsche Volk in größtem Maße
aufgewühlt hat.

Wir sind deshalb der Meinung, daß der Brief wegen der über-
parteilichen Stellung des Reichspräsidenten besser nicht
geschrieben worden wäre. (Sehr richtig! im Zentrum.) Unverant-
wortlich, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, ist das Vor-
gehen v. Coebells und seiner Hintermänner. Das Wirken dieses
Mannes ist geradezu volksfeindlich (lebhaftes Zustimmung)
und gefährdet die Integrität der Stellung des
Reichspräsidenten, was wir im Interesse unseres Vater-
landes auf das tiefste bedauern. (Lebhafter Beifall im Zentrum und
links; große Bewegung im ganzen Hause.)

Abg. Koch-Wefer (Dem.):

Die deutschdemokratische Reichstagsfraktion vermag der Er-
klärung der Reichsregierung nicht beizutreten. Sie hält an der
Bismarckschen Auffassung fest, daß der Repräsentant
des Staates nicht ohne ministerielle Befleidungs-
stücke — um Bismarcks Worte zu gebrauchen, — vor die Öffent-
lichkeit treten dürfe, eine Anschauung, von der erst Wilhelm II. unter
dem Einfluß unverantwortlicher und falscher Ratgeber ab-
gewichen ist. Die Dedung der öffentlichen Äußerungen des Re-
präsentanten des Staates ist nicht etwa eine Forderung der Demo-
kratie oder des Parlamentarismus oder des Liberalismus, sondern
eine konstitutionelle Forderung schlechthin.

Russische Auftragsperre.

Arbeiterschädigung durch Bankrott und durch Sowjetpolitik.

Moskau, 10. Juni. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.)
Die Blätter veröffentlichen den Wortlaut einer Weisung Rykoffs an
das Handelskommissariat, in der es beauftragt wird,
sofort einen Teil der auf Grund des deutschen Garantiekredits
für Deutschland bestimmten Bestellungen an
andere Länder zu vergeben.

Rykoß begründet seine Maßnahme mit Schwierigkeiten
beim Erhalt des den deutschen Firmen von Seiten der Regierung
garantierten langfristigen Kredites und mit den unvorteil-
haften Bedingungen einiger deutscher Firmen. Das Volks-
kommissariat wird jedoch angewiesen, die Bestellungen bei
anderen Ländern nur zu solchen Kredit-, Preis-, Qualitäts-
und Lieferungsbedingungen vorzunehmen, die nicht unvorteil-
hafter als die von Deutschland gestellten seien.

Die Annullierung der russischen Aufträge an Deutschland
kommt nicht überraschend. Die Verhandlungen über die Kredit-
gewährung haben lange Zeit in Anspruch genommen, ohne
daß man zu einer Einigung gelangt wäre. Die deutschen Ban-
ken und offenbar auch ein Teil der Lieferanten suchten die
Reichsgarantie für den 300-Millionenkredit zu einem Pri-
vatgeschäft für sich auszunutzen. Es erregte mit Recht
das Befremden der russischen Unterhändler, daß man trotz des
geringen Risikos, das mit der Kreditgewährung infolge der
Reichsgarantie verbunden war, Zinsfäße verlangte, die
man vielleicht bei reichreichen Geschäften rechtfertigen konnte,
die aber in keinem Falle dem so oft betonten Streben der
deutschen Industrie entsprachen, nun endlich den russischen
Markt wiederzugewinnen.

Nun haben die Russen die fortgesetzte Verzögerung der
Verhandlungen mit einer Rücknahme ihrer Bestellungen be-
antwortet. Das ist für den deutschen Export, aber auch für
die Beschäftigung der deutschen Arbeiterschaft eine empfindliche
Schädigung. Es ist zu verlangen, daß die Reichsregierung nun
ihrerseits versucht, die Banken dazu zu bewegen, bessere
Kreditbedingungen im Geschäft mit Rußland zu ge-
währen, als sie bisher in Aussicht genommen waren. Die Tat-
sache, daß die deutsche Wirtschaft die harten Kreditbedingungen
der deutschen Banken sich nur allzu willig hat gefallen lassen,
anstatt energisch zu protestieren, wirkt sich jetzt auch in einer

Schädigung der deutschen Exportinteressen aus. Es ist Aufgabe
der Reichsregierung und der Reichsbank, hier endlich einmal
Abhilfe zu schaffen.

Anders nimmt sich das Verhalten der Russen aus, wenn
man ihre so oft gerühmte Rücksichtnahme auf die
deutsche Arbeiterschaft betrachtet. Es bedeutet eine
dem Sinn des deutsch-russischen Freundschaftsvertrages wider-
sprechende Handlung, wenn Rußland nicht nur solche Aufträge
ins Ausland vergibt, die es dort zu besseren Bedingungen
unterbringen kann, sondern auch andere Bestellungen, für die
es im Ausland die gleichen Bedingungen erhält wie in
Deutschland. Das ist eine offenkundige Kampfmaßnahme, die
sich mit aller Schärfe gegen die Arbeiterschaft der beteiligten
deutschen Unternehmungen richtet. So verständlich das Auf-
treten der Sowjetregierung vom russischen Standpunkt aus
sein mag, so wenig wird sie jetzt noch in der deutschen kommu-
nistischen Presse für sich in Anspruch nehmen dürfen, daß ihre
Importpolitik von irgendwelchen besonderen Rücksichten für die
deutsche Arbeiterschaft geleitet sei. Auch das muß nachdrücklich
festgestellt werden.

Ein amtliches deutsches Kommuniqué findet, daß von den
deutschen Interessenten nichts unternommen wurde, um diese Auf-
tragsperre herauszufordern. Die amtliche Mitteilung meint
ferner, daß die Russen ihre Aufträge trotz ihrer Abgabe nach Deutsch-
land legen werden, da die Angebote anderer Länder in den Kredit-,
Preis- und Lieferungsbedingungen auch nicht annähernd so günstig
sind, wie die deutschen Angebote. Man sieht also in dem russischen
Vorgehen nur eine leere Geste.

Uns scheint die Haltung deutscher amtlicher Stellen doch etwas
allzusehr nach jener Kräftigkeit auszugehen, die in unserer
Handelspolitik schon unglaublich viel Unheil angerichtet hat. Im
übrigen bejätigt das amtliche Kommuniqué, daß die Banken tat-
sächlich trotz der Reichsgarantie den Russen keine besseren
Kreditbedingungen einräumen wollten, als in anderen
Fällen, wo keine Ausfallgarantie des Reiches vorliegt. An diesem
Punkte hätte eine behördliche Exportpolitik eingesehen, um den un-
nötigen Konflikt aus der Welt zu schaffen.

Diese Forderung zu erheben, ist Pflicht eines jeden, dem an laien Verantwortlichkeiten im Staatsleben liegt. Die Deutsche Demokratische Partei hält gegenüber dem Reichspräsidenten an der durch seine Stellung und Persönlichkeit gebotenen Achtung fest. Sie bedauert, daß man sich nicht geschaut hat, ihn in den Vordergrund des politischen Kampfes zu ziehen. Sie bedauert auf der anderen Seite aber auch die Zwischenfälle, die sich im Reichstage an die Erklärung des Reichskanzlers geknüpft haben. (Beifall bei den Demokraten.)

Lügt sich Loebell heraus?

Nein, er lügt sich hinein.

Loebell hatte am Montag behauptet, er habe sich die Veröffentlichung des Hindenburg-Briefes noch vorbehalten, aber der „Vorwärts“ habe ihn „zum Entschluß gezwungen“. Wir haben dagegen festgestellt, daß schon lange vor unseren Mitteilungen der Entschluß zur Veröffentlichung gefaßt und seine Ausführung bis ins einzelne in die Wege geleitet war.

Loebell gibt nun nach mehrtägliger krampfhafter Nachdenken folgende Ausreden von sich:

Selbstverständlich habe ich die Absicht gehabt, das Schreiben des Reichspräsidenten an mich zu veröffentlichen, wenn es tatsächlich zu einem Volksentscheid ohne vorhergehende parlamentarische Erledigung des Kompromißgesetzes der Regierung kommen sollte. Ich habe deshalb auch alle Vorbereitungen rechtzeitig treffen lassen, wollte jedoch die Veröffentlichung noch zurückstellen, bis über den letzten Versuch des Kabinetts für eine parlamentarische Regelung entschieden sei. Dadurch erklärt sich auch, daß auf meinem am Sonntag, den 6. Juni, vom „Vorwärts“ veröffentlichten Flugblatt der Bernert enthalten ist, entnommen aus dem Deutschenpiegel, Heft 24, vom 11. Juni. Wenn vorher eine parlamentarische Regelung im Reichstag erfolgt wäre, hätte ich selbstverständlich die Flugblätter und Plakate wieder einstampfen lassen. (!) Ich habe aber nicht daran gedacht, daß der „Vorwärts“ wiederum durch Diebstahl in den Besitz des Materials gelangen und es vorzeitig veröffentlichen würde. Dadurch zwang er mich zum sofortigen Entschluß, und ich ließ durch eine besondere Nummer des Deutschenpiegels den Brief des Reichspräsidenten schon am Montag, den 7. Juni, veröffentlichen. Dieses ist der einfache Tatbestand, der in keinerlei Widerspruch zu meinen Äußerungen steht. Wie der „Vorwärts“ und sein Trabant, das „Berliner Tageblatt“, hieraus eine Lüge meinerseits (!) konstruieren wollen, überlasse ich den Vertretungskünstlern ihrer Mitarbeiter.

Loebell wird nach dieser Erklärung den letzten Ruf verlieren, den er bisher besaß, nämlich den, ein geschickter Intrigant zu sein. Kann man überhaupt plumper schwindeln?

Er spricht von einer Veröffentlichung seines Flugblatts durch den „Vorwärts“. Aber der „Vorwärts“ hat, wie jeder weiß, das Flugblatt am Sonntag nicht veröffentlicht, sondern nur seine bevorstehende Veröffentlichung signalisiert.

Der „Deutschenpiegel“ sollte am 11. Juni den Briefwechsel bringen. Dann sollten Flugblätter und Plakate sofort hinausgehen. Irgendeine Aussicht, daß zuvor eine parlamentarische Regelung der Fürstenfrage erfolgen könnte, bestand gar nicht. Sie hätte auch den Volksentscheid nicht überflüssig gemacht.

Der ganze Zusammenhang ist vollkommen willkürlich konstruiert.

Loebell will die Welt glauben machen, er hätte die nächste Nummer des „Deutschenpiegels“ und die schon gedruckten Ballen von Flugblättern und Plakaten „wieder einstampfen lassen“, wenn der Reichstag vor dem 11. Juni einen Beschluß zur Fürstenfrage gefaßt hätte.

Das kann er seiner Großmutter erzählen. Aber glauben wird auch die ihm das nicht.

Loebell hat gelogen, er lügt weiter und er verstrickt sich immer tiefer in sein Eigennetz.

Gegen unseren Vorwurf, den Hindenburg-Brief durch Hinzufügung eines in ihm nicht enthaltenen Satzes gefälscht

zu haben, findet er überhaupt keine Ausrede. Nicht einmal eine so dumme, wie gegen den Vorwurf der Lüge!

Und das ist „Vertrauensmann des Reichspräsidenten“! Schöner Zustand!

Gegen Moral und Recht.

Eine Antwort auf den Hindenburg-Brief.

Uns geht täglich eine große Anzahl von Zuschriften aus Kreisen zu, die der sozialdemokratischen Partei bisher fernstanden. Der Ekel vor der unaufrichtigen Stimmenthaltungspropaganda der Fürstenfreunde und der Zorn über die Zumutung, sich von ihnen täuschen zu lassen, spricht aus den meisten dieser Zeiten. Die Intrige Loebells vor allem scheint wie eine Bombe eingeschlagen zu haben. In ganz anderem Sinne allerdings, als es sich die Erzellenz gedacht hat.

Der Brief Hindenburgs hat gefesselt. Er wird als Hohn auf die allgemeine Not des Volkes empfunden. Rentner, die durch die Inflation die Sicherheit eines ruhigen Alters verloren haben, eine Witwe, die während des Krieges zwei Söhne opfern mußte und die — früher in vermögenden Verhältnissen lebend — heute Bettlerin ist, ein verarmter greiser ehemaliger Hausbesitzer, der in der Kindszeit der Inflation sein Grundstück an einen ehemals residierenden Duodezfürsten verkaufen mußte, und dessen Bitte um gerechte Aufwertung auf höhnisches Achselzucken stößt, für sie alle ist der Brief Hindenburgs ein Faustschlag ins Gesicht.

Wir veröffentlichen hier zunächst das Schreiben eines selbständigen Breslauer Handwerkers:

Breslau, 8. Juni 1926.

Heute wurde hier der Brief unseres Herrn Reichspräsidenten Hindenburg an seine Erzellenz Staatsminister a. D. Herrn von Loebell veröffentlicht. Aus diesem Schreiben geht hervor, daß die Entziehung gegen die Grundlagen der Moral und des Rechts verstößt. Ich muß nun fragen: Wo war das Recht, wo die Moral, als uns Handwerkern alles genommen wurde? Gibt es in einem Rechtsstaat einen Unterschied im Gesetz, wo der Fürst über allen anderen steht, in einer Republik, in der Gleichheit und Brüderlichkeit herrschen soll? Ich glaube nein. Es soll wenigstens nicht sein!

Ich glaube, unser Herr Reichspräsident hat in seinem hohen ehrwürdigen Alter vergessen, daß er durch seine Unterschrift uns armen Handwerkern alles genommen hat.

Wer gibt uns was für die teuer ersparten Groschen, welche wir uns für das hohe Alter mühselig erspart haben? Wer löst die Reichsbanknoten vom Jahre 1910 ein? Niemand! Alles verloren!

Einhundert Mark zahlt die Reichsbankhauptkassa in Berlin ohne die Legitimationsprüfung dieser Banknote. Berlin, den 7. Februar 1908.

Reichsbankdirektorium.

Dieses Geld hatte doch eben solchen Wert wie Haus und Grundbesitz, weil uns der Staat dafür garantiert hatte, eben solchen Wert wie Hypotheken und Spargroschen der Bank, wie Spargroschen der Städtischen Sparkassen. Für Banknoten und Spargelder will nun und soll der Rechtsstaat, dessen tiefstes Fundament die Achtung vor dem Gesetz ist, nichts zahlen, für Hypotheken sollen 25 Proz. und für die arbeitslosen Spargroschen, welche mit Pfennigen zusammengespart wurden, welche für die Waisen bei den Sparkassen hinterlegt wurden, will man 12½ Proz. eventuell etwas mehr geben!

Ist das ein Rechtsstaat??

Run kommt die Fürstenabfindung.

Soll ich nun, wo man mir alles genommen, wo ich nicht weiß, ob ich in einem Monat am Hungertode sterben werde, weil das Geschäft schon lange Zeit nicht geht, meine Einwilligung dazu geben, daß andere in voller Wohlmut und Freude leben können? Ist das vielleicht die Moral des Rechts, Herr Reichspräsident?

Wahnsinn wäre es, wenn ich auch nur einen Pfennig bewilligen würde! So denke ich nicht allein, sondern Millionen von

Menschen. Schafft gleiches Recht für alle, für Sparere, Hypothekengläubiger und Besitzer, und wenn es nur 5 Proz. sind, aber gleiches Recht für jedermann, dann steht der Staat fest auf seinem Fundament und jeder hat Achtung davor, nicht am wenigsten das Ausland.

Das ist die Antwort an Herrn Loebell! Das ist die Antwort auf das „Privat“schreiben Hindenburgs! Sie zeigt mit aller Deutlichkeit, welchen Dienst die Erzellenz dem Privatmann und dem Reichspräsidenten Hindenburg erwiesen hat.

Kriegervereine an die Front.

Unpolitische Schimpfbolde.

Im schönen Hinterpommern gibt es auch Kriegervereine. Ein solcher existiert auch für die Orte Großmachmin-Bedlin, die jetzt aus ihrer stillen Verborgenheit ins grelle Tageslicht gezogen werden müssen. Der Kriegerverein Großmachmin-Bedlin hielt nämlich, was sonst niemand erfahren hätte, sein — republikanisches — Königschießen ab. Das ist nicht weiter schlimm. Aber — nun folgt der Bericht aus der „Zeitung für Hinterpommern“ — anschließend daran versammelte sich der Vorstand zu einer Aussprache über die Fürstentragung und beschloß einstimmig, „den Kameraden seine Stellungnahme dazu wie folgt bekanntzugeben“:

Der Vorstand des Kriegervereins Großmachmin-Bedlin hat in seiner Sitzung vom 30. Mai 1926 die Frage der Stellung des Vereins zur Fürstentragung geprüft und ist einstimmig der Ansicht, daß diejenigen Kameraden dem Zweck des Vereins (§ 2 bis 1b unserer Satzungen) zuwiderhandeln, welche sich an der Abstimmung über die Fürstentragung beteiligen. Die überwiegende Mehrheit der Fürsten hat im Heere gedient und ist Mitglied unseres Bundes. Derjenige, der durch seine Teilnahme an der Abstimmung mitbilligt, ihnen ihr Eigenumtschuldigungslos fortzunehmen, macht sich daher des gemeinen Diebstahls gegenüber Kameraden schuldig und hat in unseren Reihen nichts mehr zu suchen. Die sehen keine Gewähr dafür, daß er nicht bei passender Gelegenheit auch seine anderen Kameraden bestiehlt. Die Verfallung des Deutschen Reiches verbietet ausdrücklich jede entschuldigungslose Enteignung. Wir warnen daher unsere Kameraden, sich an der Abstimmung zu beteiligen, und werden nicht zögern, gegebenenfalls die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Der Vorstand stellt fest, daß diese Frage mit Politik nicht das geringste zu tun hat und weiß sich darin in Uebereinstimmung mit der Leitung des Kriegerbundes.

Wir „Politik“ hat die Schimpferei des Kriegervereins Großmachmin-Bedlin wirklich nichts zu tun. Denn er befindet sich ja in Uebereinstimmung mit dem Kriegerbundesrat. Und der Kriegerbundesrat ist bekanntlich vom Reichswehrminister als ein unpolitischer Verband bezeichnet, während das „Reichsbanner Schwarzrotgold“ für Geister ein politischer Verein und daher für Reichswehrleute verboten ist.

Die Verlautbarung des braven Vorstandes aus Hinterpommern zeigt nun die völlige Verwilderung der Sitten und Gesinnungen, wie sie durch die Loebell-Presse herbeigeführt ist. Nach deren Meinung gibt es in Deutschland mindestens 12½ Millionen wahlberechtigter Menschen, denen jeder gemeine Diebstahl zuzutrauen ist, weil sie von einem verfassungsmäßigen Recht der Volksabstimmung Gebrauch machen.

Bösartig wird die Sache aber erst, nachdem der Reichspräsident selbst sich in dieser Auffassung festbegründet hat. Auch der Reichspräsident von Hindenburg erklärt die Wähler für gemeine Spießbuben, die des Recht der Verfassung ausüben und für das Enteignungsgesetz stimmen! Der Reichspräsident ist durch den Intriganten Loebell auf das politische Niveau von Großmachmin-Bedlin herabgezogen worden. Die „Spießbuben“ und „gemeinen Diebe“ werden am 20. Juni daran denken. So wird die Abstimmung über das Enteignungsgesetz auch zu einer Abstimmung über Hindenburg! Jeder Sorge dafür, daß die Würde, mit der Hindenburg gewählt ist, noch klarer in die Erscheinung tritt, als das schon vorher der Fall gewesen ist!

Das Brot.

Von Erich Grisar.

Arbeitspause. Klas Klafen liegt auf der Frühstücksbank und schläft. Ein schwerer Traum drückt ihn.

Der zwanzigste Juni ist mit einem Siege der Fürsten vorübergegangen. Klas Klafen hat sich damit abgefunden. Run ist er dabei, sich den Lohn auszurechnen, den er in der letzten Woche verdient hat. Ein schönes Stämmchen, denkt er, aber als der Meister ihm das Geld in die Hand zählt, ist es viel weniger. Klas will ihm gerade seine Rechnung vorrechnen, da winkt er ab:

„Die Fürstenabfindung, mein Lieber. Die Fürstenabfindung. Was glauben Sie, was die uns drückt. Wir werden Leute entlassen müssen.“

Klas steht den Meister von unten her an. So mit dem einen Auge, das er noch hat. Das andere liegt ja vor Verdun im Dreck. Da dreht der Meister sich um und geht. Klas hört ihn noch knurren: „Diese Kerle glauben wohl, der Betrieb kann all die Lasten tragen, die sie ihm aufhuden. Hätten doch nicht zu Hause bleiben sollen am Zwanzigsten.“

„Hätten, hätten!“ brummt Klas, dann geht er fort. Er kommt an einem Bäckerladen vorbei. Man könnte ein Brot mitnehmen, denkt er und geht hinein. Als er bezahlt hat und schon wieder gehen will, nimmt der Bäcker ihm das Brot wieder fort und schneidet eine dicke Scheibe ab.

„Beinahe hätte ich's vergessen“, sagt er dabei, „meinen Beitrag zur Fürstenabfindung muß ich ja abgeben.“

Klas wird es etwas komisch zumute, aber er sagt nichts; denn schließlich Recht bleibt Recht und was bezahlt werden muß, muß bezahlt werden.

Im Tabakgeschäft kauft er sich einen Briem. Der Verkäufer schneidet erst einen dicken Stiff ab. „Für die Fürsten“, sagt auch er. „Donnerwetter, ja“, knurrt Klas, „der Spaß wird teuer. Und er macht, daß er nach Hause kommt.“

Er legt das Brot auf den Tisch und holt sich das Messer, um sich eine schöne runde Scheibe abzuschneiden. Da nimmt seine Frau ihm das Messer weg.

„Nicht so hastig, Klas“, sagt sie und schneidet vier dicke Schnitten herunter und legt sie fort.

Klas sieht sie an wie nicht geschick. „So, ich muß sehen, daß ich meinen und der Kinder Anteil für die Fürsten zusammenbekomme.“

„Die Fürsten... Die Fürsten!“ brummt Klas. „Verdammt und zugenügt. Ich kann doch nicht nur für die Fürsten arbeiten!“

Aber was hilft ihm seine Wissenschaft jetzt? So setzt er sich in seine Ofende, um in Ruhe den Rest des Brotes zu verzehren, der ihm noch geblieben ist. Er beißt einmal kräftig hinein. Da ist es ihm, als hätte er Sand im Munde. „Donnerwetter, ja“, flucht er und spuckt aus, was er im Munde hat. Wieder beißt er in das Brot. Wieder hat er Sand im Munde. Er beschließt sich die Versicherung, Wahrhaftig, das ist Sand, reiner Flugsand. Er kennt die Sorte. In der Nähe der Mühle sind letzte Woche ganze Ladungen davon ausgebagert worden. Und der Müller, dieser Schuft, hat ihn unter das Mehl gemengt, damit er zu seinem Anteil zur Fürstenabfindung kommt.

„Himmelherrgottdonnerwetter“, flucht Klas Klafen. Run wird es ihm aber doch zu bunt mit diesen Fürsten. Da wackert er auf. Er schmeckt und hat richtigen Sand im Mund. Den hat ihm der Wind hineingeweht. Er spuckt aus. Aber er ist noch ganz verdammt. Und als der Herr ihn fragt, ob er Sonntag mitginge, Flugblätter auszuteilen, blüht er ihn groß an: „Was für Flugblätter?“

„Für Fürstenabfindung.“

„Fürstenabfindung? Ja, Heine, welchen haben wir denn heute?“

„D, es ist noch eine Menge Zeit bis zum Zwanzigsten, wenn wir nur auf dem Posten sind.“

„Reinsch, Heine! Der Zwanzigste war noch nicht? Der Zwanzigste war noch nicht?“

Heine flucht ihn an und glaubt, Klas sei blödsinnig geworden. Da sagt Klas ganz vernünftig: „Ja, Heine, ich gehe mit. Und ich will doch mal sehen, ob ich meine Frau nicht mitbringe. Denn das kann ich dir sagen, die Fürsten dürfen nicht gewinnen. Sie dürfen nicht, verstehtst du. Denn sonst können wir uns lieber gleich aufhängen, verstanden?“

„Aber, ja doch Klas, das ist doch schon die ganzen Wochen meine Rede.“

Humoristische Streichquartette wollte das Lampion-Quartett im Verlauf der Donnerstag-Abend-Darbietung des Berliner Rundfunk-Senders zu Gehör bringen. Im populären Sinne war aber die Bezeichnung „humoristisch“ nur für die Komposition von A. Rajzel zutreffend; die Imitationen der Haus- und anderer Tiere waren ja echt in ihrer Eigenart wie musikalisch witzig. Rassis Quartett op. 192 Nr. 2 wirkte dagegen nahezu klassisch; der Humor des Biedermeier wird hier eigentlich erst betont durch die erläuternden Untertitel. Doch war es gewiss allen musikalisch gebildeten Zuhörern eine Freude, eine der melodischen Kompositionen des eigentlich zu Unrecht so völlig vergessenen Rask hier wieder einmal zu Ehren gebracht zu hören. — Weshalb allerdings der Berliner Sender dieser freundlichen Musik als düstere Einleitung Alexej Remilows „Feuersbrunst“ vorausschickte, war nicht ganz verständlich. Künstlerisch geschmackvoll war diese Aufeinanderfolge gewiss nicht, und weder dem ersten noch dem zweiten Teil der Abenddarbietung war durch die seltsame Zusammenstellung gedient. Remilows düster-pathetische Vision, zum Fundort gewiss geeignet und von Rose Lichtenstein mit guter Sprechtechnik und bederrschtem Ausdruck gelesen, hat die Schwermut und den Tiefinn russischer Volkslieder wie die Farbenpracht russischer Bilder, gibt ein Stück der russischen Volksseele. In ihrer Gesamtheit mag sie trotzdem durch ihren dunklen Mystizismus manchem der Hörer fern geblieben sein.

Gemeinsame Arbeit der Russischen Akademie mit ausländischen Gelehrten. Die Russische Akademie der Wissenschaften hat in letzter Zeit von verschiedenen wissenschaftlichen Institutionen Deutschlands, Schwedens und Frankreichs Aufforderungen zu gemeinsamer Arbeit auf verschiedenen wissenschaftlichen Gebieten erhalten. U. a. hat Prof. Schmidt-Dit dem Präsidium der Russischen Akademie mitgeteilt, daß mehrere deutsche Sprachforscher sich zum Zweck gemeinsamer Studien auf dem Gebiet der finnisch-ugrischen Dialekte mit russischen Fachgelehrten in Verbindung setzen wollen. Ferner ist von deutscher Seite der Wunsch geäußert worden, gemeinsame deutsch-russische Forschungen im östlichen Turkestan zu unternehmen.

Französische Gelehrte sind an die Akademie mit dem Vorschlag herangetreten, eine Arbeitsgemeinschaft für Geologie zu bilden. — Der Präsident der Russischen Akademie, Prof. Karpsinski, vertritt die russische Gelehrtenwelt auf dem Internationalen Geologenkongress in Madrid. Er ist im Auslande, u. a. auch in Berlin, von den wissenschaftlichen Kreisen sehr freundlich begrüßt worden, was die Sowjetpresse mit Genugtuung zur Kenntnis nimmt.

Mundart und Rechtsprache. Ein Hauptergebnis der in den letzten Jahrzehnten mächtig ausgeblühten Sprachgeographie ist, daß die Sprach- und Mundartgrenzen regelmäßig irgendwelchen Rechtsgrenzen entsprechen. Dieses Ergebnis, gewonnen aus der gemeinen Umgangssprache, drängt nun, wie Prof. p. Rühberg in einer der Heidelberger Akademie der Wissenschaften vorgelegten Arbeit über „Rechtssprachegeographie“ ausführt, dazu, auch die Fachörter des Rechtslebens wortgeographisch zu untersuchen, das Problem „Mundart und Rechtsprache“ aufzurollen. Rechtswörter sind besonders lehrreich bei vergleichender Betrachtung synonymen Ausdrucks und beim Auseinanderhalten verschiedener Bedeutung des gleichen Wortes. Sie bilden ein Seitenstück zu den gleichfalls dringend nötigen Rechtsbraucharten, Rechtsacharten und Rechtsquellenarten. Das Ziel dieses Zweiges der historischen Geographie ist das Herausarbeiten von Rechtslandschaften im Vergleich zu den Sprachlandschaften und Kulturlandschaften verschiedenster Art.

„Oberbapern“ im „trockenen“ Amerika. Auf der sechsten in Philadelphia eröffneten Weltausstellung ist Deutschland offiziell nicht vertreten. Um aber dennoch den Besuchern der Ausstellung ein anschauliches Bild des wichtigsten Wertmals „deutscher Art“ zu bieten, haben ein paar geschäftstüchtige deutsche Unternehmer auf dem Ausstellungsgelände ein Kiefernrestaurant „Oberbapern“ errichtet, „welches den deutschen Unternehmensegeist zeigen, ein deutsches Städtebild wiedergeben und den süddeutschen Volkscharakter verkörpern soll“. Man findet hier ein 140 Köpfe starkes Personal von bayerischen Kellnerinnen, Reggern, Hüfnerbratern, Köchen u. m. und eine 40 Mann starke „original-bayerische“ Musikkapelle.

Im Institut für Zeitungsstudie, Unter den Eichen 7, finden in der nächsten Woche folgende Vorträge statt: Am Montag, den 14. spricht Dr. Wilhelm Siegel über: „Die Organisation des Reichspresserechts“, am Donnerstag, den 17., Helmut Sarweh über: „Parlament und Presse“.

Amerikanischer Arztbesuch in Berlin. Am 15. Juni treffen in Berlin 200 Mitglieder der American Medical Association, darunter führende Ärzte der Vereinigten Staaten, ein. Der amerikanische Arztbesuch soll in der Hauptstadt zur Aufnahme engerer Beziehungen mit den wissenschaftlichen Kreisen Deutschlands dienen. Ein Empfang im Auswärtigen Amt und im Kultusministerium ist vorgesehen.

Ein Stadtbauwettbewerb. Einen Wettbewerb um Entwürfe für einen Bebauungsplan des Marktplatzes in Bautzen begibt die dort zu errichtende Baugemeinschaft, welche der dortige Magistrat unter den in Oberböhmen anliegenden oder dort geborenen Architekten bis zum 28. d. M. 2000, 3500 und 5000 M. stehen für Preise: 3000 M. für weitere Anläufe zur Verfertigung. Im Preisgericht sind u. a. Hermann Rühberg in Berlin und Emil Högg in Dresden.

Professor Anden, der in dem kürzlich zurückgetretenen schwedischen sozialistischen Kabinett Kultusminister war, ist in seine alte Stellung als Professor für Biologie an der Universität Uppsala zurückgekehrt.

Berliner vor die Front! Montag abend 7 Uhr, Lustgarten, Massenaufmarsch gegen Fürstenhabgier u. Reaktion!

Die Mannen von Oels.

Der Aufruf ist erschienen!

Walter von Moio hat durch die Veröffentlichung des durch den Kronprinzen betriebenen Unterschriftenbuchs den Herrschaften einen Strich durch die Rechnung gemacht. Der „Aufruf“ sollte als eine ehrliche Kundgebung von Geistes- und Wirtschaftsgrößen sich darstellen, während er doch nur das bestellte Werk interessierter Kreise, nämlich des Kronprinzen und seiner Handlanger war.

Für dieses bestellte Interessentenwerk haben ihre Unterschrift hergegeben oder doch nicht verweigert: der Mediziner Prof. Bier, dessen Chirurgenhände die letzten Stunden Friedrich Eberts anvertraut waren; der Museumsdirektor v. Bode, der Kunstmaier Prof. Klimsch, die Schriftsteller Rudolf Presber, Fritz Skowronnek und Hermann Sudermann. Sie haben nicht das Feingefühl Walter v. Moios gehabt. Sie ließen sich für das Interessentenwerk einfangen und ihre Unterschrift mit dem „Interesse des Vaterlandes“ drapieren!

Worauf es den Mannen von Oels ankommt, das verrät in ihrem Zorn die „Kreuz-Zeitung“, indem sie schreibt:

Herr von Moio mag in Zukunft seine Romane für die schreiben, in deren parteipolitischen Interesse er die drei Schicksale veröffentlicht hat. Für das deutsche Volk hat er sich damit ausgeschaltet. Er mag die Folgen seines Handelns nur selber tragen.

Nun ist zwar bisher nicht bekannt, daß die agrarischen Hinterlassen der „Kreuz-Zeitung“ überhaupt Romane lesen oder gar kaufen, aber die offene Aufforderung zum Boykott ist doch wert, festgehalten zu werden. Moio hat ganz richtig empfunden, daß schon die Aufforderung zur Unterschrift eine indirekte Vergewaltigung durch die Monarchistenkreise sei. Sind dieser Vergewaltigung Männer wie Sudermann, Bode und Klimsch erlegen? Selbst wenn sie das Gegenteil erklären, wird man nach den Darlegungen der „Kreuz-Zeitung“ berechtigt sein, etwas anderes zu glauben.

Zeitstellen ist, zum Lobe sei es gesagt, daß die Unterschrift des ebenfalls angegangenen Prof. Max Liebermann fehlt. Er wird das gleiche empfunden haben wie Walter von Moio...

Der Kronzeuge der Hohenzollern.

Ein aus Holland gekochener Verräter.

Ein Teil der deutschnationalen Presse veröffentlicht schon seit Tagen unter Führung der in Berlin erscheinenden „Deutschen Tageszeitung“ Zuschriften zum Volksentscheid, die sich hauptsächlich mit der Meinung des Auslandes zur entschuldigenden Entgegnung befassen und ausschließlich von einem Holländer stammen, der sich bald Dr. van Amstel, bald Dirk van der Gracht nennt, aber trotz seiner adeligen Aufmachung nur ein gewöhnlicher Sterblicher ist. Von kommunistischer Seite wurde nach den ersten Veröffentlichungen dieses Verräters gegen den Volksentscheid bereits darauf hingewiesen, daß sich hinter seinem Pseudonym ein gewisser Johannes Göbel verbirgt, der sich erst kürzlich der russischen Volkspartei in Berlin zur bolschewistischen Propaganda angeboten hatte. Das hat die „Deutsche Tageszeitung“ natürlich bis heute nicht gehindert, sich der Zuschriften dieses Gesinnungslumpen zu bedienen.

Das Zentralorgan der holländischen Sozialdemokratie macht jetzt noch weitergehende Mitteilungen über den Kronzeugen der deutschnationalen Presse und stellt fest, daß dieser Johannes Göbel seinerzeit für die von ihm begründete Sparpartei in Holland kandidierte und sich als Direktor des Instituts zur Veröffentlichung wissenschaftlicher Neuigkeiten bezeichnete, bis dieses Bureau im Jahre 1919 die Beziehungen zu ihm abbrach. Ein weiterer Schicksalschlag ereilte ihn, als im September 1922 gegen ihn ein Verfahren wegen Betrug und Unterschlagung von Wertpapieren eingeleitet wurde. Diese Papiere waren Göbel durch eine Dame in Besitz anvertraut worden. Seine Verfehlungen waren so groß, daß die Polizei gegen Göbel einen Haftbefehl erließ. Inzwischen war aber dieser Spitzhuhn nach Deutschland entflohen, wo er heute als ehrenwerter Verteidiger der Fürsten in der deutschnationalen Presse schreibt. Ja — „gleich und gleich gesellt sich gern!“

Wangenheim-Klein-Spiegel.

Der Führer des Agrarierbundes gestorben.

Gestern vormittag verstarb Konrad Freiherr v. Wangenheim-Klein-Spiegel im Alter von 75 Jahren. Sein Name ist weit über den Kreis seiner Berufskollegen hinaus bekannt geworden. Mit Köpfen zusammen hat er vor dem Kriege den Bund der Landwirte geleitet, dessen Arbeitstaktik unausgesprochenenmaßen die Förderung des Großgrundbesitzes war. Nach dem Kriege ging dieser Bund der Landwirte im Reichslandbund auf, in dem Wangenheim ebenfalls eine große Rolle spielte.

Wangenheim war durch und durch Reaktionär und der Typus des preussischen Junkers, der trotz seines „nationalen“ Auftretens das Wohl seiner Klasse über das des Vaterlandes stellte. Es erregte großes Aufsehen, als vor dem Kriege festgestellt wurde, daß der Vorsitzende des Bundes der Landwirte keine Einkommensteuer zahlte. Bis zu seinem Lebensende hat Wangenheim in der agrarischen Propaganda eine hervorragende Stellung eingenommen. Was bei aller politischen Segnerschaft gegen den in den Vorurteilen seines Standes befangenen und mit dem Anspruch des Führers auftretenden Menschen auch für den Segner sympathisch erschien, das war die Selbstständigkeit des Urteils, die ihm oft zum Außenseiter in den Reihen seiner politischen und wirtschaftlichen Freunde machte. So ist erinnerlich, wie Herr v. Wangenheim in den schweren Zeiten während und nach der Inflation wiederholt für den Gedanken Propaganda trieb, daß agrarische Erzeuger und Konsumenten sich zusammenschließen sollten, um unter Ausschluß unnötiger Handelsgewinne die Ware vom Produzenten zum Verbraucher zu bringen. Ernst genommen wurden aber derartige Ideen in seinen eigenen Reihen nie. Sie fielen aus dem Rahmen der ungeschicklichen und demagogischen Propaganda, der der Reichslandbund seine Existenz verdankt.

In den großen handelspolitischen Auseinandersetzungen, in denen die Landwirtschaft ihr Sonderrecht vor den übrigen deutschen Gewerbezweigen verlangte, war Wangenheim schon zur Zeit Caprivis Wortführer der Schutzollforderungen. Später ist er als Politiker im eigentlichen Sinne weniger hervorgetreten, außer in der Zeit des Kapp-Putsch, wo man ihm das Amt

des preussischen Landwirtschaftsministers zugebachte hatte. Sonst aber beschränkte sich seine politische Tätigkeit auf den engeren Interessenskreis seiner Berufsfreunde, und er zog es vor, hinter den Kulissen zu wirken, wenn die Berufspolitiker und Parteibeamten den wirtschaftlichen Meinungsstreit in der politischen Arena austrugen.

Mit Wangenheim starb einer der fähigeren und führenden Köpfe der deutschen Großlandwirtschaft. Daß es ihr gelingen wird, einen Menschen gleichen Formates an seine Stelle zu setzen, ist wenig wahrscheinlich.

Tarifvertrag für Redakteure.

Für allgemein verbindlich erklärt.

Der Präsident der Reichsarbeitsverwaltung hat am 10. Juni 1926 den zwischen dem Arbeitgeberverband für das deutsche Zeitungsgewerbe und dem Reichsverband der deutschen Presse abgeschlossenen Reichstarifvertrag für Redakteure und festangestellte Mitarbeiter von Tageszeitungen für allgemein verbindlich erklärt. Bei den Versicherungsbestimmungen sind einzelne Personalkreise von der Allgemeinenverbindlichkeit ausgenommen worden.

Der erwähnte Tarifvertrag ist ein Manteltarif, der die allgemeine Stellung des Redakteurs im landläufigen Zeitungsbetrieb umschreibt und sichert. In ihm ist auch eine Lebens- und Pensionsversicherung vorgesehen. Die Ausnahmen, die bezüglich der Versicherung vorgesehen sind, betreffen wahrscheinlich auch die sozialdemokratischen Redakteure.

Der Zwischenfall im Reichstag.

Zwischenruf des Abg. Rosenfeld vor dem Aeltestenrat

W.B. meldet: Der Aeltestenrat des Reichstages trat nach der gestrigen Plenarsitzung zusammen, um die Angelegenheit des Zwischenrufs des Abg. Rosenfeld (Soz.) in der Plenarsitzung nachzuprüfen. Der Abg. Rosenfeld hat in einem Zwischenruf den Vorwurf des Vorkrachs gegen den Reichspräsidenten erhoben und ist dafür vom Präsidenten Löbe zur Ordnung gerufen worden. Er hat trotzdem, wie mehrere Mitglieder im Aeltestenrat bekräftigten, diesen Vorwurf in neuen Zwischenrufen mehrmals wiederholt, die Wiederholung ist aber in dem Saal des Hauses vom Präsidenten nicht gehört worden, und auch aus dem Stenogramm ist der Vorgang nicht zu ersehen. Der Aeltestenrat

hat dem Präsidenten anheimgestellt, weitere Feststellungen vorzunehmen und je nachdem in der Plenarsitzung die Rüge gegen den Abg. Dr. Rosenfeld nachträglich noch mals auszusprechen.

Bethlen geohrfeigt.

Von einem ungarischen Republikaner in Genf.

Genf, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag vormittag ist im Völkerbundssekretariat der ungarische Journalist Ivan Justh, Sekretär der ungarischen Republikaner in Paris und Korrespondent der „Cra Nouvelle“, zum Ministerpräsidenten Bethlen vorgebracht und hat ihn geohrfeigt. In einer Protesterklärung an das Völkerbundssekretariat führt Justh aus, daß er von der ungarischen Regierung seit Jahren verfolgt werde. Justh ist sofort von der Polizei festgenommen worden. Der Vorsitzende des Völkerbundsrats sprach zu Beginn der Sitzung Bethlen die Sympathie und weiter das Bedauern darüber aus, daß in dem gottfreundlichen Hause des Völkerbundes ein solcher Vorfall sich ereignen konnte.

In einem Flugblatt, das Justh unter die Umstehenden warf, wird eine Reihe von Gewalttaten der ungarischen Regierung aufgezählt und zum Schluß erklärt, daß Justh die unzähligen Unterdrückten und Leidenden seines Volkes habe rächen wollen. Justh wird sich vor einem Genfer Gericht wegen tätlicher Beleidigung zu verantworten haben. Die Ohrfeige hat Bethlen nicht zu einer höheren Wertschätzung im Völkerbundsrat verholfen, wie man bei der Beratung über die ungarischen Finanzfragen sehen konnte.

Nach neuester Meldung heißt der Attentäter richtig Ber und war seinerzeit wegen republikanischer Propaganda zu 1½ Jahren Kerker verurteilt, hat im Szegediner Gefängnis ein Auge verloren und wurde zur Behandlung seines erkrankten zweiten Auges auf freien Fuß gesetzt. Er floh im Flugzeug nach Wien und später nach Paris.

Genosse Stoetzel hat gegen das Urteil der braunschweigischen Justizbehörde in zweiter Instanz Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Die bayerischen SPD-Landtagsabgeordneten Schlaffer und Goch, deren Auslieferung zur Verbüßung dreijähriger Gefängnisstrafen (wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“) die Landtagsmehrheit beschlossen hat, sind rechtzeitig über die Reichsgrenze geflohen.

Deutschlands Aufnahme gesichert.

Auffeuernde Erklärungen Spaniens und Brasiliens.

Genf, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die große Ueberraschung in der Vormittagsitzung war eine Erklärung des spanischen Vertreters, in der einseitig ausgeführt wird, daß die spanische Regierung bisher das Amendement 4 zum Völkerbundpakt (Turnuswahl der nichtständigen Ratsmitglieder) aus dem Grunde nicht ratifiziert hätte, um sich dadurch die Möglichkeit zu erhalten, solange in den Völkerbundsrat gewählt zu werden, bis Spanien einen ständigen Ratsitz erhalten werde. Die spanische Regierung habe übrigens nie unterlassen, das auch bei jeder Gelegenheit und in aller Offenheit zu erklären. Dann heißt es wörtlich weiter: „Da die gegenwärtige Lage jedoch die Anwesenheit Spaniens bei den Wahlen ausschließt und der Grund für eine Nichtratifizierung des Amendements damit hinlänglich ist, hat meine Regierung beschlossen, die Ratifikation des Amendements vorzunehmen.“

Verschiedene Ratsmitglieder sprachen über den letzten Entschluß der spanischen Regierung ihre Befriedigung aus. Aber schon der Nachmittag brachte die Korrektur dieser falschen Auffassung, als der Bericht der Studienkommission für die Reorganisation des Rates zur Beratung stand. Der spanische Vertreter gab bei dieser Gelegenheit eine neue kurze Erklärung ab, in der es heißt, daß seine Regierung der Regelung einer Frage nicht zustimmen könne, durch welche Spanien in einen „zweiten Rang“ versetzt werde. Die Haltung der spanischen Regierung bleibe unverändert.

Daran schlossen sich Sympathie- und Bedauernserklärungen der Ratsmitglieder an Spanien, von eindringlichen Wünschen unterstützt, die spanische Regierung möge ihre Entscheidung noch nicht als endgültig betrachten. Von Chamberlain und Vanderveelde wurde insbesondere nachdrücklich darauf hingewiesen, daß kein Staat es als Verletzung seines Prestiges betrachten dürfe, wenn er keinen Ratsitz erhalte.

Eine Neuaufgabe dieser Aussprache ergab sich abends am Schluß der Sitzung, als der brasilianische Vertreter Mello Franco eine sehr lange Erklärung seiner Regierung verlas, die dahin zusammengefaßt werden kann, daß Brasilien mit Ende dieser Session, also heute, seinen Rücktritt als Ratsmitglied erklärt, dagegen seine Entscheidung über seine sonstige Mitarbeit und Zugehörigkeit zum Völkerbund sich vorbehält, bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Völkerbundsversammlung über die Reorganisation des Völkerbundsrates endgültig zu entscheiden haben wird. Diese Erklärung gab sämtlichen anderen Mitgliedern des Rates Anlaß zu Gegenäußerungen, in denen sie ihrem Bedauern Ausdruck gaben, dann aber freundschaftlich, jedoch mit Nachdruck darauf hinwiesen, daß der Völkerbundsrat, der nicht Wahlbehörde ist, nicht kompetent sei, die Demission der brasilianischen Regierung als Ratsmitglied entgegenzunehmen und daß es somit bis zur nächsten Völkerbundsversammlung Ratsmitglied verbleibe.

Der Schlusseindruck dieser Diskussion ist der, daß sowohl Spanien wie Brasilien der Reorganisation des Völkerbundsrates in keiner Weise mehr Widerstand leisten wollen, sich dagegen aber noch die Entscheidung vorbehalten, ob sie weiter im Völkerbund verbleiben und mitarbeiten wollen oder nicht. Man hatte sozusagen das Gefühl, daß am Donnerstag eine politisch-diplomatische Operation vorgenommen wurde, die gelungen ist und bei der das Leben eines Patienten auf dem Spiel stand.

Die sensationellen Erklärungen sowohl des spanischen wie des brasilianischen Vertreters schaffen zwar keine volle Klarheit über die weiteren Absichten dieser beiden Länder, doch liegt ihre Bedeutung darin, daß nunmehr die Aufnahme Deutschlands im September gesichert ist.

Vor allem ist es der angeforderte Beschluß der spanischen Regierung, der das letzte formelle Hindernis gegen den Eintritt Deutschlands mit permanentem Ratsitz nach auf der nächsten Tagung aus dem Wege geräumt hat. So-

lange eine einzige Völkerbundsmacht den seinerzeit angenommenen Zusatzantrag zu Artikel 4 nicht ratifiziert hatte, konnte sie durch ihren Einspruch die Durchführung der Vorschläge der Studienkommission, die in vergangenen Monat getagt hat, verhindern. Spanien war die letzte Macht, deren Ratifikation noch nicht vorlag und man konnte um so mehr befürchten, daß es von dieser Waffe Gebrauch machen würde, als es um die Gewährung eines ständigen Ratsitzes kämpfte, während die Studienkommission durch die Annahme der Vorschläge von Lord Cecil einen neuen ständigen Ratsitz ausschließend für Deutschland schaffen wollte. Die Vorschläge der Studienkommission sehen außerdem vor: die Erhöhung der Zahl der nichtständigen Mitglieder, die Einführung eines Turnussystems und die Neuwahl sämtlicher nichtständiger Ratsmitglieder im September bei sofortigem Amtsantritt anstatt zu Beginn des folgenden Kalenderjahres. Das alles bedeutete organisatorische Statutenänderung, die infolge der Ratifizierung dieses Zusatzantrages nicht mehr einer einstimmigen Empfehlung des Völkerbundsrates, sondern nur noch einer Empfehlung mit Zweidrittelmehrheit des Rates bedürfen.

Infolge dessen würde der Einspruch Spaniens und Brasiliens gegen die Vorschläge der Studienkommission nunmehr wirkungslos sein. Denn weitere Mächtigkeiten kommen für einen solchen Einspruch ohnehin nicht in Frage. Damit ist zumindest die Zweidrittelmehrheit gesichert. Ob Spanien diesen Einspruch trotzdem aus grundsätzlichen Gründen erheben wird, geht aus der zweiten Erklärung seines Vertreters in der gestrigen Nachmittagsitzung nicht ganz deutlich hervor. Der Sinn dieser Erklärung ist: Ich protestiere gegen die Beschlüsse der Studienkommission sowie gegen den Druck, der auf mich ausgeübt wird — aber aus Loyalität gegenüber dem Völkerbundsgedanken will ich keine Obstruktion treiben und gebe durch die nachträgliche Ratifizierung des Zusatzantrages aus dem Jahre 1921 dem Völkerbund freiwillig die Möglichkeit, über meinen Kopf hinweg und gegen meinen Willen die Reformvorschläge der Studienkommission zu beschließen.

Die Frage bleibt offen, ob Spanien daraus weitere Konsequenzen ziehen, aus dem Völkerbundsrat oder gar aus dem Völkerbund überhaupt ausscheiden wird. Der brasilianische Vertreter Mello Franco, der nach der Ratifizierung des Zusatzantrages durch Spanien die letzte Hoffnung seines Landes, durch Obstruktion den Eintritt Deutschlands so lange zu verhindern, bis es selbst einen ständigen Ratsitz zugesichert bekäme, jetzt für sich hat, die eine Konsequenz bereits jetzt gezogen: Brasilien tritt aus dem Völkerbundsrat aus, ohne jedoch aus dem Völkerbund auszuschneiden.

Trotz all diesen Vorbehalten ist jedenfalls vom europäischen Gesichtspunkte aus die am gestrigen Tage in Genf eingetretene Wendung der Dinge zu begrüßen, weil damit die Gewißheit endlich geschaffen ist, daß gegen den Eintritt Deutschlands im September kein Hindernis in der letzten Stunde mehr zu erwarten ist.

Nächste Ratstagung: 3. September.

Genf, 10. Juni. (W.B.) Der Völkerbundsrat, dessen Tagung, wie schon berichtet, heute zu Ende ging, verzichtete darauf, sich über das Datum der zweiten Tagung der Studienkommission auszusprechen, und überläßt es dem Präsidenten des Völkerbundsrates, die auf den 28. Juni angelegte Tagung im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Studienkommission gegebenenfalls zu verschieben. Die nächste Tagung des Völkerbundsrates ist vorläufig auf den 3. September angesetzt worden.

Gewerkschaftsbewegung

Nach sechs Wochen.

Verhärfung im englischen Bergbaukonflikt.

Heute sind es sechs Wochen, seit die englischen Bergarbeiter im Kampfe gegen Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung stehen. Dieser Kampf hat eine Bedeutung, die weit über die Grenzen Großbritanniens hinausreicht. Schon die Tatsache, daß der Generalrat der englischen Gewerkschaften zur Unterstützung des Abwehrkampfes der Bergarbeiter auch andere lebenswichtige Gruppen der englischen Industrie zum Streik aufrief, ist Beweis genug, daß sich nicht nur die Bergarbeiter, sondern die gesamte englische Arbeiterschaft der Tragweite dieses Kampfes bewußt ist.

Diese ganz außerordentliche Unterstützung der Bergarbeiter durch einen Solidaritätsstreik wurde aus der Ermüdung heraus geboren, daß während der acht Monate, in denen die staatlichen Zuschüsse gezahlt wurden, die Zeichenbesitzer und die gesamte englische Industrie so große Kohlenvorräte aufgestapelt hatte, daß der Kampf der Bergarbeiter ein außerordentlich langwieriger sein mußte. Es sollte versucht werden, diesen Kampf abzukürzen. Der Solidaritätsstreik sollte oder auch die öffentliche Meinung aufzurütteln, der damit das wirtschaftliche Problem des Bergbaukonflikts deutlich vor Augen gerückt wurde. Er sollte darüber hinaus die Regierung zwingen, aus ihrer passiven, praktisch die Zeichenbesitzer unterstützenden Haltung herauszutreten. Es ist noch in aller Erinnerung, daß der Solidaritätsstreik abgebrochen wurde, nachdem der Vorsitzende der Kohlenkommission, Sir Herbert Samuel, dem Generalrat der Gewerkschaften Vorschläge unterbreitete, die den Bericht der Kohlenkommission schärfer faßten und in einigen wesentlichen Punkten verbesserten.

Trotzdem hat die englische Regierung bis heute praktisch so gut wie nichts getan, um den Konflikt zu einer Lösung zu bringen. Die Kohlenvorräte Englands beginnen sich zu erschöpfen. Trotz aller Versuche kommen vom Kontinent so gut wie keine Kohlen nach England. Hier hat sich die internationale Solidarität der Arbeiterschaft bereits praktisch bewährt.

Was tut nun die englische Regierung? Die direkten Verhandlungen zwischen den Zeichenbesitzern und den Vertretern der Bergarbeiter sind gescheitert, weil die Zeichenbesitzer im Gegenlag zu dem Bericht der Kohlenkommission und im Gegenlag zu den Forderungen von Sir Herbert Samuel eine Verlängerung der Arbeitszeit von vier Stunden wöchentlich — mit Ein- und Ausfahrt jedoch von 6 Stunden — forderten. Wie die englischen Blätter zu melden wissen, will sich die englische Regierung nunmehr mit dem Konflikt beschäftigen. Aber in einer sonderbaren Weise: Sie will die finanzielle Unterstützung, die aus Rußland den englischen Bergarbeitern zugegangen ist, zum Vorwand nehmen, um gegen die Bergarbeiter ein Ausnahmegericht zu schaffen.

Die englische Regierung und ihre konservative Unterhausmehrheit verdanken ihre Existenz einem Wahlmanöver mit dem bekannten Samjethrief. Dieses Manöver will die englische Regierung offenbar jetzt wiederholen, um die Bergarbeiter niederkuzwingen. Die englische Regierung weiß sehr wohl, daß die Bergarbeiter der russischen Unterstützung entzogen und trotzdem ihren Kampf dank der Unterstützung der Bergarbeiterinternationale fortsetzen können. Die englische Regierung hofft, die für sie nicht gerade günstige öffentliche Meinung durch Zurückziehung des Bolschewistenrechts umzustimmen. Wir wissen nicht, ob der englischen Regierung dieses Manöver gelingen wird. Wir wissen aber, daß die englischen Bergarbeiter zäh und entschlossen sind, und daß sie auf die moralische und materielle Unterstützung ihrer Arbeitsbrüder im Auslande zählen können.

London, 10. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Generalrat der englischen Gewerkschaften hat aus seinem Streikfonds den Betrag von 10 000 Pfund Sterling an den Bergarbeiterverband zur Unterstützung der ausgepöbelten englischen Bergarbeiter überwiesen.

Beschlüsse der Zimmerer.

Dem ausführlichen Bericht der Zahlstellenleitung entnehmen wir: Am Dienstag tagte die Delegiertenversammlung der Berliner Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer im Gewerkschaftshaus, in der Bericht vom 1. Quartal 1926 erstattet wurde. Die Abrechnung lag gedruckt vor. Der Vorsitzende Kepschläger berichtete, daß der Mitgliederbestand am Quartalschluß 4316 betrug. Ende Mai 4465 = 149 mehr in den zwei Monaten. Redner forderte die Delegierten auf, noch mehr als bisher dafür zu sorgen, daß die wenn auch wenig unorganisierten restlos dem Verband zugeführt werden. Mehr Beachtung mußte finden, das sei auch in Dresden auf dem Verbandstage allerorts betont worden, das Heranziehen der Lehrlinge zum Verbande. 257 gehören bis jetzt hier zu uns. Auf die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe hinweisend, stellte Redner fest, daß auf dem Nachweis Gormannstraße durchschnittlich im Januar 1925, Februar 2187 und März 1857 Zimmerer zur Verfügung standen. Am 6. Juni 1926 waren in der Gormannstraße als Arbeitslose noch insgesamt 5196 Bauarbeiter eingetragen, davon 1287 Zimmerer. Trotz dieser Tatsache schreiben die Behörden aller Grade die Arbeitsgeber und Innungsbehörden des Baugewerbes über Facharbeitermangel. Die fällige Lohnreduktion wurde dahin erledigt, daß diese Angelegenheit im Einverständnis mit den übrigen Organisationen zu regeln sei.

Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten des Verbandes wurde beschlossen, aus der Lokalkasse den englischen Kameraden 500 M., dem Kuzynski-Ausschuß 200 M., den Streikenden in Kumburg gleichfalls 200 M. zu überweisen. Den vor einigen Tagen vom Leipziger Klaffengericht zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus verurteilten Kameraden Emil Blyuch, Bezirk 18, senden die Versammelten die besten Grüße verbunden mit dem Versprechen, so weit wie möglich für eine Erleichterung der zu übersehenden Qualen zu helfen.

Zum Volksentscheid wurde folgender Antrag einstimmig angenommen:

Die am 8. Juni 1926 tagende Zahlstellenversammlung verpflichtet alle Mitglieder, sich an der Propagandaaarbeit für den Volksentscheid rege zu beteiligen. Alle Zimmerer geben am 20. Juni ihre Stimme für den Volksentscheid ab, um beizutragen, daß der geplante Raubzug für die getränkten Schmaroher erfolgreich abgeschlagen wird.

Den Bericht vom 24. Verbandstag gab der 2. Vorsitzende Schiff. Folgende Entschließung wurde gegen eine Stimme angenommen:

Die am 8. Juni 1926 im Gewerkschaftshaus, großer Saal, tagende Zahlstellenversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands, Zahlstelle Berlin und Umgegend, stellt nach Entgegennahme des Berichts vom 24. Verbandstag mit Bedauern fest, daß dem Wunsche eines großen Teils der Zahlstellen im Reich sowie der Zahlstelle Berlin in den großen Fragen: Zusammenschluß aller Bauarbeiter sowie Abbau der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung nicht Rechnung getragen ist, denn für letzteres sind nicht nur indirekt, sondern direkt dem Arbeiter Lasten auferlegt vom Staat, der somit dann auch für Unterstützung bei Arbeitslosigkeit zu sorgen die Pflicht hat. Mehr denn je ist es notwendig, alle Mittel des Verbandes im Kampfe für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bereit zu stellen. Trotzdem verpflichtet die Zahlstellenversammlung alle Mitglieder, im Rahmen der Verbandstagsbeschlüsse zu wirken und dafür sich einzusetzen, daß der Nachdruck der Unternehmer an der Geschlossenheit der Berliner Zimmerer scheitert.

Zum Schluß wurde nochmals auf die am Dienstag, den 15. Juni, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus stattfindende Vertrauensmännerversammlung, in der alle Baustellen vertreten sein müssen, hingewiesen.

Verbandstag der Glasarbeiter.

Erster Verhandlungstag.

In Götting wurde am Montag der Verbandstag von dem Vorsitzenden Genossen Gierbig eröffnet. Der 15. Verbandstag, so führt Genosse Gierbig aus, hat für die Glasarbeiter eine historische Bedeutung, da als Hauptpunkt auf der Tagesordnung die Verschmelzung mit dem Fabrikarbeiterverband und dem Porzellanarbeiterverband steht. Der Redner gibt sodann einen Überblick über die Entwicklung des Verbandes. Harte und schwere Kämpfe waren es, die den Verband zu seiner heutigen Höhe geführt haben. In zahlreichen Streiks und Ausperrungen, speziell in der Kleinenindustrie, haben die Mitglieder ihre Treue der Organisation gegenüber bewähren müssen. Einzelbeispiele zeigen, mit welcher

Brutalität und Rücksichtslosigkeit die Unternehmer oft die Glasarbeiter auf die Straße warfen. Bei 3-4 Mark Unterstützung mußten diese lange Zeit auf die Biedererfindung warten, und so mancher mußte der Heimat den Rücken kehren, um im Ausland Arbeit zu suchen. Auch für die Angestellten des Verbandes waren die Zeiten hart, so mancher mußte für seine Organisation ins Zuchthaus gehen. Und wenn im Laufe der Jahre auch eine Verbesserung geschaffen werden konnte, so ist heute dank der wirtschaftlichen Zerrüttung wieder eine Verschlechterung zu verzeichnen. Schwere und bittere Kämpfe sind es, die es zu führen gilt, doch der Verbandstag wird die Wege finden, die beschritten werden müssen.

Dann folgten die Begrüßungsansprachen von Olsen (Dänemark), Delzant (Frankreich), Persson (Schweden), Pipella (Deutschösterreich) usw.

Gierbig gab dann den Geschäftsbericht. Er ging auf die Entwicklung des Verbandes innerhalb der letzten zwei Jahre des näheren ein. Die Unternehmer haben in ihrem Verhalten an Rücksichtslosigkeit nichts zu wünschen übrig gelassen.

Die Arbeitslosigkeit hat erschreckend zugenommen.

Von 1925 bis 1926 im Februar stiegen die Erwerbslosen von 1075 auf 6304, die Kurzarbeiter von 874 auf 7781. Leiber ist eine wesentliche Besserung zurzeit nicht zu erwarten, da die Industriefazitäten nicht alles tun, um die Wirtschaftskrise abzukürzen. Der Verband wird wie in der Vergangenheit so auch in Zukunft alles daran setzen, um für seine Mitglieder das Menschenmögliche zu erreichen. Ein wichtiges Augenmerk wird dem weiteren Ausbau der hygienischen Einrichtungen zugewandt werden. (Ein wichtiger Schritt hierzu ist schon durch die Mitbeteiligung auf der „Gesolei“ getan.) Der Redner schließt ab indem seine Tätigkeit für die Organisation auf den einzelnen Kongressen sowie als Mitglied der „Internationalen Exekutive“ in Sitzungen des „Internationalen Arbeitsamts“ in Genf. Wir auf dem europäischen Kontinent müssen zu größerer Einigkeit gelangen, damit die internationalen weltwirtschaftlichen Beziehungen gefördert werden.

Kanitzki (Hauptkassierer) gibt einen kurzen Überblick über die finanzielle Entwicklung der letzten zwei Jahre.

R. Groh (Redakteur) gibt Rechenschaft über die Redaktions-tätigkeit seit Radeburg. Seine Ausführungen gipfelten in dem Ersuchen an die Mitglieder um Mitarbeit.

Kurzweil berichtet über die Zusammenkünfte und Tätigkeit des Ausschusses. In allen, bis auf einen Fall, wurden Beschwerden, Differenzen usw. geklärt.

Anwesend sind 113 Delegierte und eine Anzahl Gäste. Alle Mandate wurden für gültig erklärt.

In der Diskussion übte ein Teil der Redner Kritik an dem Verhalten des Hauptvorstandes. Insbesondere bildete bei einigen Delegierten die Ablehnung der Rußlandhilfe Anlaß zur Bemängelung. Weiter war es das Genossenschaftswort „Alexanderhütte“, Kleintettau, das zu Auseinandersetzungen Anlaß gab. Befragungsergebnisse der Verbandsangestellten, Unterstützungsangelegenheiten usw. bildeten den weiteren Inhalt der Diskussion und Begründung der einzelnen Anträge.

Die Verschmelzung beschlossen.

Götting, 10. Juni. (WZ.) Auf dem in Götting tagenden 15. Verbandstag des Zentralverbandes der Glasarbeiter Deutschlands wurde mit 85 gegen 17 Stimmen beschlossen, sich mit dem Porzellanarbeiterverband zu einem keramischen Bund innerhalb des Fabrikarbeiterverbandes Deutschlands zu vereinigen.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr. In den Gruppen: Hermannplatz (Neußölln 2); Jugendheim Ganderstr. 11; Ede Sobredtstraße. Vortrag: „Das Ziel der freien Gewerkschaftsbewegung“. Redding: 1: Stadthaus Weidmann, Gerichthof 6-8. Vortrag: „Soziales Wandern“. Ober-Schöneberg: Gruppenheim Kaufener Str. 2 (Kotter Saal). Vollstansabend. — Wilmersdorf: Petri, Neuhäuser Str. 10. Vortrag: „Die Bedeutung der Gewerkschaften“. — 13. Juni. Eintrittskarten unentgeltlich. Eintrittstermin werden in der Jugendzentrale der freien Gewerkschaftsjugend, Engelsteil 24-25, Zimmer 7, heute, Freitag, ab 4 Uhr, ausgeteilt.

Jugendgruppe des FVd. Heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr. In den folgenden Besprechungen: Mitte: Ost: Jugendheim Große Frankfurter Str. 15 (Zimmer 6). Vortrag: „Ruh und Müde“. Ost: Ost: Jugendheim Reichenberger Str. 64. Vortrag: „Recht und Pflichten in der Sozialversicherung“. West: Südwest: Jugendheim Belle-Alliance-Str. 7-10. Vortrag: „Burd und Müde in der Jugendbewegung“. West: Spandau: Jugendheim Eindeustraße 1. Treffen im Stadthaus.

Verantwortlich für Vollst.: Ernst Reuter; Schriftföhr: Ernst Salernus; Gewerkschaftsbewegung: S. Steiner; Redaktion: R. S. Böcher; Lokales und Kontos: Fritz Radeburg; Anzeigen: H. Gluck; sämtlich in Berlin. Berlin: Nordwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Nordwärts-Berlin-Verlag und Verlagsanstalt Kaufmann u. Co., Berlin SW 6, Eindeustraße 3. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

A. WERTHEIM

Boa-Lie
Zitronen-
Gärungsgetränk
Verkauf: Drogen-Abteilung
Anschank: Erfrischungsräum

Lebensmittel

Leipziger Platz Königstraße Rosenthaler Straße Moritzplatz

Soweit Vorrat. Leicht verderbl. Artikel können nicht zugesandt werden

Wurstwaren	
Sülzwurst Pfund 0.90	Jagdwurst Pfund 1.50
Landleberwurst . Pfund 1.10	Mettwurst Pfund 1.50
Rotwurst Pfund 1.10	Filetwurst Pfund 1.65
Große Mettwurst Pfund 1.35	Feine Leberwurst Pfund 1.65
Gefüllter Schinken Pfund 1.35	Zervelat u. Salami Pfund 1.80
Speck fett u. mager, Pfd. 1.45	Schinkenspeck . . . Pfund 1.90
Rosenthaler Str. Könlger. Moritzplatz:	
Dampf- u. Speckwurst Pfd. 1.05	Bier- u. Schinkenwurst 1.70
Obst und Gemüse	
Junge Möhren . Bund } 10 Pf.	Rhabarber . . . Pfund } 10 Pf.
Salat 5 Kopf }	Bayr. Rettiche . Stück }
Frischer Spargel Pfund 10, 35, 45, 75 Pf.	
Tomaten Pfund 0.28	Kohlrabi Mandel 0.18
Zitronen Dutzend 0.38	Grüne Gurken Stück v. 0.18 an
Stachelbeeren unreif, Pfd. 0.20	Grüne Bohnen . . . Pfund 0.38
Bananen Pfund 0.50	Blumenkohl große Köpfe 0.30 an
Ananas Pfund 1.20	Neue Kartoffeln 5 Pfd. 0.45

Frisches Fleisch	
Kalbskamm u. Brust Pfund 75 Pf.	
Kalbsnierenbraten Pfund 85 Pf.	
Hammelvorderfleisch . . . Pfund 98 Pf.	
Suppenfleisch Pfund 75 Pf.	
Schmorfleisch Pfund 95 Pf.	
Schweinebauch Pfund 98 Pf.	
Schweinerücken u. Blatt Pfund 1.05	
Lieser Pfd. 80 Pf. Gehacktes Pfd. 75 Pf.	
Ia Ochsenfleisch Pfund 60 Pf.	

Reh-Ragout . . . Pfund 35 Pf.
Reh-Blätter . . . Pfund 1.20
Wildschwein Pfund 75 Pf.

Fische

Schellfische u. Bratflundern Pfd. 15 Pf.
Steinbutten Pfund 22 Pf. 40 Pf.
Kabeljau ohne Kopf ganzer Fisch Pfd. 25 Pf.
Frische Hechte Pfund 40 Pf. 55 Pf.
Frische Zander Pfund 70 Pf.
Lebende Aale Pfund 1.00 an
Lebende Schiele Pfund 1.10 1.40

Kartoffelmehl Pfund 19 Pf.
Weizen-Hartgrieß Pfund 30 Pf.
Valencia-Reis Pfund 32 Pf.

Erdbeeren mit Schlagsahne 50 Pf.

Käse u. Butter	
Camembert vollk., Schacht. 0.25	Chesterkäse ohne Pfd. 1.60
Romatour Stück 0.20	Schweizer Käse Pfd. 1.00 bayr. Pfd. 1.65
Kümmelkäse echtes. Pfd. 0.35	Molkereibutter 1/2 Pfd. 0.77 0.82
Tilsiter Pfd. 0.55 0.85 1.20	Tafelbutter Pfund 1.78
Allgäuer Stangen Pfund 0.70	Margarine Pfund 0.56
Holländer, Edamer Pfd. 0.88	

Räucherwaren	
Neue Matjes-Heringe Stück 10 Pf.	
Tönnchen 30 Stück 4.50 an	
Flundern Pfund 0.26	Schleibücklinge . Pfund 0.65
Schellfische Pfund 0.36	Sprotten echte . . . Pfund 0.55
Seelachs in Stücken, Pfund 0.38	Lachs geräuchert Pfund 1.15 an
Aale geräuchert . Pfund 2.70, 2.35 Bund 0.58	

Geflügel	
Junge Gänse Pfund 1.15 1.50	Brathühner Junge Stück 1.40 1.60
Suppenhähne . . Pfund 1.20 an	Junge Enten Pfund 1.65 1.85
Konfitüren	
Schokolade 100-Gramm-Tafel Speise und Vanille 0.30	Sandgebäck Pfund 1.00
	Teegebäck Pfund 1.40

Wein	
Preise für 1/4 Flasche einschließlich Berliner Getränkesteuer, ohne Glas	
1924 Wellenstein, Berg Bowenlmoosel 0.70	1924 Nitteler Leiterchen Riesling spritziger Mosel 1.00
1924 Wöllsteiner milder Rheinh. 0.70	Renetten-Apfelwein . . 0.48
1924 Planiger Rosenbg. blümliger Rheinhessen 0.85	Fruchtschaumwein einschließlich Flasche 1.15
Feiner Fruchtw Wein Johannisbeer-, Stachelbeer-, Heidelbeerwein, Cyder 0.90	
Schaumwein bis 1. Juli reichhaltigere	
Moselhochgold 2.60	Wagners Saar-Edelkristall . . 3.30
Klob & Förster „Wappensekt“ 4.20	

Der Fall Beuster vor den Stadtverordneten.

Sangfamer Fortgang der Haushaltberatung. — Debatte über das Schulwesen.

Drei Fraktionen der Berliner Stadtverordnetenversammlung, die sozialdemokratische, die kommunistische und die deutschnationale, sorgten gestern durch Anfragen und einen Antrag für die sofortige Bepfändung der aufsehenerregenden Nord-Süd-Bahnaffäre, bei der die Stadt so schwer geschädigt worden ist. Der sozialdemokratische Redner, unser Genosse Reuter, hob hervor, wie sehr das von der rechtsstehenden Presse auch zu einer Schädigung des Ansehens der Stadt Berlin ausgeglichene Vorkommnis lehrt, daß gegenüber gewissen „Interessenvertretern“ Vorsicht geboten ist. Uebrigens wäre, fügte er hinzu, die Beurteilung dieses Standals durch die bürgerliche Presse viel schärfer gewesen, wenn der in ihn verwickelte Stadtverordnete Beuster nicht zur Deutschen Volkspartei, sondern etwa zur Sozialdemokratischen Partei gehörte. Von Entstehung und Verlauf der Angelegenheit gab der Kammerer Rading eine eingehende Darstellung. Das Wesentliche ist unseren Lesern aus den im „Vorwärts“ schon veröffentlichten Mitteilungen bekannt. Es bedurfte nicht mehr der Einsetzung des Untersuchungsausschusses, den die Kommunisten beantragt hatten. Jetzt gibt es Arbeit für den Staatsanwalt. — In der Haushaltberatung, die dann fortgesetzt wurde, gab es eine längere Debatte über das Schulwesen. Hier forderte Genosse Kawerau eine Planwirtschaft für das Schulwesen und einen inneren Ausbau der Volksschule, die nicht zu einer „Armenerschule“ herabgedrückt werden dürfe.

In der zweiten Sitzung der Stadtverordneten in dieser Woche wurde vor Eintritt in die Tagesordnung der besetzte Stadtrat Dr. Ausland, der der kommunistischen Partei angehört, durch den Oberbürgermeister eingeführt. Die vom „Vorwärts“ bereits ausführlich gemeldete

Korruptionsaffäre des volksparteilichen Stadtverordneten Beuster veranlaßte unsere Fraktion, folgende Anfrage zu stellen:

Durch die Presse werden Nachrichten über eine die Stadt betreffende Korruptionsaffäre verbreitet, an welcher der Stadtverordnete Beuster (D. Vp.) beteiligt sein soll. Wir fragen, inwieweit diese Angaben zutreffen und was der Magistrat in dieser Angelegenheit unternommen hat.

Die Kommunisten verlangten in einem Antrag die Einsetzung eines neungliederigen Untersuchungsausschusses, der noch vor den Ferien zu berichten hätte. Bei der Beratung der Anfragen und Anträge schallt von links ein Zwischenruf durch den Saal: „Von städtischen Geldern macht euch frei allein die Deutsche Volkspartei!“ (Schallendes Gelächter.) Die Deutschnationalen haben ebenfalls eine auf den Fall bezügliche Anfrage eingereicht. In der Begründung der kommunistischen Anfrage wies Stadtk. Göbel (Komm.) darauf hin, daß gerade die Volkspartei es war, die feinerzeit ein Verfahren gegen den kommunistischen Stadtrat Stoll betrieben hat, obwohl dieser sich nie etwas zuschulden kommen ließ. Göbel wies weiter darauf hin, daß Beuster als Mitglied einer „nationalen“ Partei sein Geld im Ausland angelegt habe. Als Stadtk. Pastor Koch (Dnat.) als Begründer der deutschnationalen Anfrage davon spricht, daß er unbedingte Sauberkeit in der städtischen Verwaltung verlangen müsse, quittiert die Linke mit Lachen und Zurufen, die erkennen lassen, daß sie Pastor Koch nicht für den Mann hält, der das Recht hätte, von Sauberkeit im öffentlichen Leben zu sprechen. Als Redner unserer Fraktion sprach Genosse Reuter: Die Verfehlungen des Stadtverordneten Beuster, der Mitglied des Aufsichtsrats der Nord-Süd-Bahn war, waren uns Stadtverordneten, die wir in der Verwaltung der Nord-Süd-Bahn tätig sind, seit zwei Monaten bekannt. Da aber bereits die polizeiliche Untersuchung schwebt, ist die Sache als vertraulich behandelt worden. Wir Sozialdemokraten

denken nicht daran, aus diesem kriminellen Fall eine politische Angelegenheit zu machen.

Aber dem Hugenbergschen „Lokal-Anzeiger“ bleibt es vorbehalten, durch die Art, wie die Angelegenheit aufgemacht wurde, Stadt und Stadtverordnete zu schädigen.

Es hat wenig Sinn, den Fall Beuster der Volkspartei als solcher anzuhängen; wie groß wäre aber das Geschrei gewesen, wenn statt des volksparteilichen Mitgliedes des Aufsichtsrates etwa der sozialdemokratische sich solche Verfehlungen und solche Untreue gegen seine Mandatgeber hätte zuschulden kommen lassen. Nicht die 70 000 M., die der Stadt verloren gingen, sind das Beklagenswerte, sondern die Schädigung des guten Rufes der Stadtverordneten. Angesichts des Falles Beuster wird die sozialdemokratische Fraktion die Tätigkeit gewisser Interessentenvertreter der Rechtsparteien in Zukunft anders beurteilen müssen als bisher. — Stadtkammerer Rading gab als Magistratsvertreter eine knappe, prägnante Darstellung der

Tätigkeit des Grundstücksamtmanns Schmidt.

Die Einzelheiten sind bereits zum größten Teil durch den „Vorwärts“ mitgeteilt worden. Bei der Grundstücksvermittlung in Tempelhof ist von der Nord-Süd-Bahn ein Kaufpreis von 599 000 M. gezahlt worden. Später hat sich dann herausgestellt, daß von diesem Betrag der Käufer nur 450 000 M. erhalten hat. Schmidt hat also

an einer einzigen Grundstücksvermittlung rund 150 000 M. verdient. (Hört! hört! links.)

Schmidt ist als Ratler und Vertrauensmann der Stadt dienstbar gewesen, hat für seine Tätigkeit Provision erhalten und hat sich durch seine Verfehlungen des Betruges und der Untreue schuldig gemacht. Gegen ihn ist deswegen ein Strafverfahren eingeleitet worden; seine Verhaftung ist erfolgt, als er im Begriffe stand, nach der Schweiz zu reisen. Der Kammerer stellte ferner mit, daß über das gesamte Vermögen Arrest verhängt ist. Inzwischen ist zwischen Schmidt und der Nord-Süd-Bahn ein Vergleich geschlossen worden, nach dem der größere Teil des Geldes der Stadt wieder zurückgewonnen werden konnte. Vor kurzem ist die Unterzuchung auch auf den Stadtverordneten Beuster ausgedehnt worden. — Mit der Abgabe einer Erklärung durch den Vorsitzenden der volksparteilichen Fraktion Schwarz, in der mitgeteilt wurde, daß Beuster aus der Fraktion ausgestiegen ist, schloß die Debatte. — Die Versammlung setzte nunmehr die

Beratung des Stadthaushaltsplanes

fort. Gegen einen vom Magistrat eingelegten Betrag von 18 000 M. als Vergütung für die Seelsorge in den städtischen Krankenanstalten, wandte sich neben den Kommunisten auch Genosse Reuter. Er betonte dabei, daß sich unsere Fraktion nicht gegen die Seelsorge selbst richtet, sondern nur gegen die Bezahlung durch die Stadt. In der Abstimmung wurde dann auch die Streichung des Betrags durch die Linke beschlossen. Bei der Beratung weiterer Etatartikel ereignete sich ein Zwischenfall.

Aus einem Zufall, den der Kommunist Jaedike an unsere Genossen richtete und einer kräftigen Antwort durch den Genossen Klose, kam es zu Tätlichkeiten zwischen beiden. Wegen des Tumults schloß der Vorsteher, Genosse Hoff, die Sitzung. Vor dem sofort zusammengetretenen Kerkentrat bedauerten die beiden beteiligten Stadtverordneten die Vorgänge und entschuldigten sie mit ihrer Erregung. Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilte der Vorsteher den Ausgang der Verhandlungen des Kerkentauschusses mit und rief wegen der Störung der parlamentarischen Ordnung die beiden Stadtverordneten zur Ordnung. Damit war der Zwischenfall erledigt. Bei der Beratung des Etat-

Unterricht, Bildung, Kunst

frderter Genosse Dr. Kawerau eine Planwirtschaft im Schulwesen. Es kann nicht angehen, daß sich Bezirke in der Schaffung von besonders eingerichteten höheren Schulen zu übertreffen suchen, um sich gegenseitig die Schüler abspenstig zu machen.

Der Ausbau der Volksschule ist dringend nötig, die Volksschulen dürfen nicht weiter Armenschulen bleiben.

Unsere Fürsorge gilt auch den Junglehrern. Wo sollen bei dem ständigen Wechsel die Junglehrer die Arbeitsfreudigkeit hernehmen? Zu verlangen ist auch, daß mehr als bisher die Junglehrer angestellt werden. Sehr kommt es oft genug noch vor, daß Lehrer, die über sieben Jahre im Amte sind, immer noch als „Junglehrer“ betrachtet werden und auf eine Anstellung warten, obwohl sie inzwischen an Lebensjahren erheblich zugenommen und Familien gegründet haben. Mit Freuden haben wir Sozialdemokraten begrüßt, daß die Stadtverordneten einstimmig eine Erhöhung des Schulgeldes an höheren Schulen ablehnten, wodurch verhindert wurde, daß der Besuch einer höheren Schule noch mehr als bisher ein Vorrecht der besitzenden Kreise wurde. Genosse Kawerau betonte, daß ein Fünftel der preussischen Schüler in Berlin unterrichtet werden. Dadurch ergeben sich von selbst Rückwirkungen im Schulwesen auf Preußen. Der Redner bemängelte die Unterstützung der privaten Unterrichtsanstalten durch die Kommune, um so mehr, als von dem deutschnationalen Dethleffen die Privatschulen als Repräsentationschulen der von ihm vertretenen Kreise bezeichnet wurden. In Charlottenburg hat selbst das Bezirksamt die Ueberflüssigkeit von drei der bestehenden sechs Privatschulen anerkannt, trotzdem werden alle Schulen aufrechterhalten. Wir werden alle Schulfragen nach sachlichen Gesichtspunkten prüfen.

Zu Beginn der Sitzung hatte die sozialdemokratische Fraktion folgende

Anfrage

eingbracht: Durch eine Verfügung des Herrn Oberbürgermeisters ist die Vertretung des Bürgermeisters Schöls in der Weise geregelt worden, daß sie zunächst von dem Stadtrat Wege, danach von dem Stadtrat Dr. Richter und dann vom Stadtrat Benede übernommen worden ist. Wir fragen an, nach welchem Gesichtspunkt der Herr Oberbürgermeister diese Vertretungen geregelt hat. — Alle genannten Stadträte gehören der deutschnationalen beziehungsweise der volksparteilichen Partei an.

Kein eigenes Kraftwerk der Reichsbahn.

Wie erinnerlich, hatte vor kurzem die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion den Magistrat darauf aufmerksam gemacht, daß die Reichsbahngesellschaft beabsichtige, ein eigenes Kraftwerk zu errichten. Wie nun die B.-S. Korrespondenz von zuständiger Seite erfahren hat, handelt es sich bei diesem Vorhaben durchaus nicht um ein fertiges Projekt, sondern es sind im Zusammenhang mit dem Elektrifizierungsplan, dessen Kosten auf etwa 150 Millionen Mark veranschlagt werden, nur die Fragen der Strombeschaffung eingehend geprüft und dabei drei Projekte erörtert worden. Darin wurde untersucht, ob die Entnahme des Stromes aus einem bestehenden Kraftwerk, die Entnahme aus dem Ueberlandstrome aus Mitteldeutschland oder etwa der Bau eines eigenen Kraftwerkes am billigsten und wirtschaftlichsten sein würde. Diese Fragen sind also bisher nur nach den wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet und keinerlei feste Beschlüsse noch irgendeiner Richtung hin gefaßt worden. Es ist durchaus möglich, daß die Reichsbahngesellschaft den nötigen Strom von einem bestehenden Kraftwerk, also in diesem Falle von dem städtischen Großkraftwerk Zummelsbura, bezieht, allerdings wird dafür Voraussetzung sein, daß die Stadt der Reichsbahngesellschaft in der Frage des Strompreises Konzessionen macht und ihr einen Sonderzins aufstellt.

Die Durchführung des Elektrifizierungsplanes wird im übrigen von der Kreditbeschaffung abhängen, denn die Reichsbahngesellschaft wird die dazu notwendigen Mittel aus wirtschaftlichen Gründen nicht den laufenden Einnahmen entnehmen, sondern im Anleihenwege aufbringen. Von dem Ausgang dieser Elektrifizierungsanleihe, die in absehbarer Zeit aufgelegt werden dürfte, wird es abhängig sein, welcher Teil des Bauplanes, der natürlicherweise nur stufenmäßig durchgeführt werden kann, verwirklicht wird. Zu aller-

Der Wobblj.

Von B. Irawen.

Copyright by Buchverlag „Vorwärts“, Berlin und Leipzig.

Zu dieser Zeit waren wir mitten drin in der dicksten Arbeit.

„Pugen Sie mal die Bleche,“ sagte der Meister zu mir. „Das werden Sie ja wohl können. Wenn mal die Alte (das war Señora Douz, die keineswegs alt, sondern kaum dreißig war) reinkommen sollte — die muß ja ihre Nase in jeden Dreck reinstecken — dann pugen Sie nur immer Bleche. Dann merkt sie nicht, daß Sie nichts von der Bäckerei verstehen. Aber jetzt kommt sie nicht, jetzt ist gerade der Alte drüber; die haben ja sonst keine Zeit. Was wundert es nur, daß sie dafür überhaupt noch Zeit und Gedanken finden. Aber Gedanken werden sie sich dabei wohl kaum machen. Die denken dabei an uns, ob wir uns etwa keine Eier verrühren. Das wollen wir jetzt erst mal machen.“ Nun wurden tüchtig Eier eingeschlagen, Butter rein und dann in den Ofen geschoben.

Als die Fütterung vorüber war, lernte ich Bleche sauber machen. Das kann man nicht so ohne weiteres, wie man vorher wohl denkt. Es muß gelernt sein. Dann mußte ich Mehl abwägen. Auch das hat seine Kniffe. Und dann mußte ich fünfhundert Eier aufschlagen, das Gelbe und das Weiße voneinander trennen. Würde man das so machen, wie es Mutter in der Küche tut, so brauchte man dazu eine Woche. Hier muß das in kaum zwanzig Minuten geschehen sein, und es darf kein Pünktchen Gelb in der Weiß-Masse gefunden werden, weil das allerlei Schwierigkeiten zur Folge hätte.

Dann lernte ich die Teigteilmaschinen bedienen, das Feuer in Ordnung halten, Brot- und Brötchentieg ansetzen, Kleingebäck glastieren, Torten beschneiden und für die Ornamentierung vorarbeiten, Schüsseln und Geschirre reinigen, die Tische abwachen, die Badstube auslegen, Eis mahlen, Eis-masse ansetzen und so manches andere mehr. Alles so nach und nach, alles in der Weise, wie man jedes Ding lernen kann. Es gibt überhaupt nichts, das man nicht lernen könnte.

Dann kam der Samstag. Lohnstag. Aber Lohn gab es nicht. „Mahana, morgen,“ sagte Señora Douz. Morgen war Sonntag, und wir mußten mehr arbeiten als die übrigen Tage. Hinsichtlich des Lohnzahlens aber erklärte Señora Douz, es sei Sonntag, und Sonntags zahle er keinen Lohn: „Morgen.“ Montag zahlte er aber auch nicht, weil er noch nicht zur Bank gewesen sei. Dienstag gab es kein Geld, weil er das Geld, das er von der Bank geholt, bereits ausgegeben habe. Mittwoch bekamen die Kellner erst mal ihr Geld, und Donnerstag hatte er überhaupt kein Geld und konnte nicht

zahlen. Freitag war er nicht zu finden; immer wenn man ihn suchte, war er gerade in seine Wohnung gegangen und wollte nicht gestört werden. Samstag waren bereits zwei Löhne fällig, aber da hatte er zu große Ausgaben, weil er für den Sonntag mit einlaufen mußte und die Banken schon mittag schlossen. „Morgen,“ sagte er. Aber morgen war Sonntag, wo er keine Löhne zahlte. „Morgen,“ das war Montag, aber da war er noch nicht zur Bank gewesen.

Nach drei Wochen bekam ich das erstemal Geld von ihm, nicht für drei volle Wochen Arbeitslohn, sondern nur für eine Woche. So ging das immer durch, immer war er Wochen und Wochen mit dem Lohn im Rückstand. Wir aber durften mit der Arbeit nicht eine Viertelstunde im Rückstand sein, dann gab es Rabau. Fünfzehn, sechzehn, ja einundzwanzig Stunden Arbeit am Tage hatten wir zu leisten. Das hielt er für ganz selbstverständlich, und für ebenso selbstverständlich hielt er es, daß er den Lohn zahle, wann es ihm beliebe und nicht, wenn er fällig sei.

Aber andere Arbeit war nicht zu finden, und wäre sie zu finden gewesen, wir hätten ja keine Zeit, sie zu suchen. Wenn wir in der Badstube des Nachmittags fertig waren, dann waren die anderen Werkstätten oder die Bureaus, wo man nachfragen konnte, meist schon geschlossen. Man mußte eben aushalten. Wenn man leben will, muß man essen, und wenn man auf irgendeine andere Art kein Essen findet, muß man tun, wie es dem, der das Essen hat, gefällt.

Den Kellnern ging es nicht besser. Sie bekamen nur zwanzig Pfes den Monat und sollten im übrigen vom Trinkgeld leben. Aber hier ist man nicht freigebig mit dem Trinkgeld, und wenn die Gäste knapp waren, dann hatten wieder die Kellner nichts zu lachen. Dann waren sie schuld daran, daß die Gäste ausblieben, und Señora Douz gönnte ihnen nicht einmal die zwanzig Pfes Lohn. Wir wohnten im Hause, die Kellner nicht. Die hatten Familie und wohnten mit ihren Familien. Dadurch hatten sie besondere Ausgaben. Sie bekamen nicht einmal volles Essen, sondern nur so nebenbei, als Gnade oder besondere Vergünstigung.

Unser Meister hatte schon vier Monate Lohn stehen. Selbst wenn er hätte gehen wollen, er konnte nicht, weil Señora Douz ihn wochenlang vielleicht mit der Restsumme hingehalten hätte. Wir sollten jeder täglich zum Mittagessen eine Flasche Bier bekommen. Das war ausgemacht. Aber wir bekamen Bier nur dann, wenn Señora Douz bei sehr guter Laune war, wenn viele Bestellungen vorlagen, und wenn wir zwanzig Stunden zu arbeiten hatten. Das Essen selbst war sehr gut. Es gab viel Fleisch, zwei oder drei Fleischgerichte zu Mittag. Aber nach einer Woche konnte man nichts mehr essen; denn es gab jeden Tag genau dasselbe zum Essen. Da war auch nicht ein Reisörnchen heute anders als es gestern

war, und nicht eine Fleischfaser schmeckte heute anders als sie morgen schmecken würde.

Ein Kellner bekam Fieber und war in drei Tagen tot. Er war ein Spanier gewesen, der erst vor zwei Jahren herübergekommen war. An seiner Stelle trat ein Mexikaner ein, namens Morales. Er war ein stinker, intelligenter Bursche. Wenn ich gelegentlich Badware in das Café zu bringen hatte, so sah ich beinahe jedesmal, daß Morales mit dem einen oder dem anderen seiner Kollegen sprach. Sie sprachen ja natürlich immer zusammen, wenn sie nicht bedienten. Aber hier fiel mir das Sprechen doch zum ersten Male auf. Wenn sonst die Kellner zusammen miteinander sprachen, so war das immer so oberflächlich. Sie redeten über Lotterielose oder über Nebengeschäfte oder über Mädchen oder ihre Familien. Meist lachten sie dabei oder witzelten.

Dagegen wenn Morales mit einem sprach, wurde nicht gelacht, sondern immer sehr andächtig zugehört. Morales war immer der Sprecher und die übrigen immer die Zuhrenden. Ich sah es blühen. Das „Syndikat der Restaurationsangestellten“ arbeitete.

Die Gewerkschaften in Mexiko haben keinen schwerfälligen bürokratischen Apparat. Ihre Sekretäre fühlen sich nicht als „Beamte“, sondern sie sind alle junge brausende Revolutionäre. Die Gewerkschaften hier sind erst durch die Revolution der letzten zehn Jahre entstanden. Und so sind sie gleich in die allermodernste Richtung geraten. Sie haben die Erfahrung der russischen Revolution, die Explosgewalt des jungen Stürmers und Drängers und die Elastizität einer Organisation, die nach ihrer eigenen Form sucht und noch täglich ihre Taktik wechselt.

Richtig, in der La Moderna war der Streit da. Kellnerstreik. Señora Douz lachte sich eins. Bei ihm brauchte er das nicht zu befürchten. Und nun kamen die Gäste der La Moderna alle in sein Lokal, weil sie sich in dem Café, wo der Streit war, fürchteten. Die Furcht ist berechtigt. Denn die Polizei ist in Arbeiterkämpfen neutral. Wenn einem Gast, der in ein Café geht, wo gestreikt wird, ein Stein an den Kopf fliegt, so darf er zur Sanitätspolizei gehen und sich verbinden lassen. Im übrigen aber kümmert sich die Polizei nicht darum. Die Streikposten, die vor dem Café stehen, haben ihm ja gesagt, das in dem Café gestreikt wird. Auherdem steht es in der Zeitung, und Flugblätter werden ihm auch genug in die Hand gedrückt. Er weiß, was ihm bevorsteht. Er braucht ja nicht in das Café zu gehen, er kann ja in ein anderes gehen oder sich auf die Bank auf der Plaza setzen oder spazierengehen. Wer da hingehet, wo Steine in der Luft umherfliegen, dem geschieht es ganz recht, wenn er einen an den Kopf kriegt.

(Fortsetzung folgt.)

Wohnungsnot und Geistesstörungen.

Zahlreiche Krankheiten lassen sich auf schädliche Wohnungseinflüsse zurückführen. Viele Säuglinge und Kleinkinder sterben alljährlich, weil die schlechte Wohnung der Eltern oder Pfleger ihren Tod herbeiführt; andere kleine Erdenbürger erkranken schwer infolge von Wohnungsschäden. Aber auch eine gewaltige Anzahl erwachsener Menschen, namentlich solche, die infolge ihrer körperlichen Beschaffenheit zur Tuberkuloseinfektion neigen, erkranken oft hauptsächlich deshalb schwer, weil sie in schlechten Wohnräumen ihr Leben fristen müssen; Tausende, die der Tuberkulose anheimfallen, sterben an ihrer Wohnung, darüber kann kein Zweifel bestehen.

Es sind aber nicht die linderreichen Familien und die Tuberkulösen allein, die unter der Wohnungsnot körperlich besonders schwer zu leiden haben. Auch auf den Zustand der geistig Abnormen wirkt die Wohnungsnot oft verheerend ein. Namentlich die Psychopathen werden durch die Wohnungsnot mit ihren zahlreichen Unbequemlichkeiten und Hindernissen, die Reibereien und Streitigkeiten zur Folge haben, ganz besonders arg geschädigt. Reizbare Psychopathen geraten infolge von Wohnungsnot in heftige Erregung mit Reizung zu Gewalttätigkeiten. Haltlose Psychopathen bekommen vielfach depressive Bestimmungen oder hysterische Zustände, wenn sie sich über die Wohnungsnot aufregen und aufregen; wieder andere fallen Wahnvorstellungen anheim.

Auf diese engen Beziehungen zwischen Wohnungsnot und Psychosen wies der Berliner Redner Dr. Heinrich Bernhard in einem Vortrage hin, den er unlängst im Gerichtsärztlichen Institut hielt. Er berichtete von vielen traurigen Fällen, in denen Menschen, die zwar reizbar, aber durchaus nicht „geisteskrank“ waren, infolge der Schwierigkeiten mannigfacher Art, die die Wohnungsnot mit sich bringt, eine bedeutende Verschlimmerung in ihrem körperlichen Befinden erlitten mußten. Sehr häufig waren unter den abwaltenden Verhältnissen auch die Gerichte gezwungen, sich mit öffentlichen und privaten Klagen psychotischer Menschen, deren Gesundheitszustand durch die Wohnungsnot stark beeinträchtigt wurde, zu befassen. Oft kosteten die Maßnahmen der Gerichts- und Verwaltungsbehörden bei derartigen Verfahren viel Zeit und Geld. Aber auch manches Familienglück wurde auf diese und ähnliche Weise vernichtet.

Eine 38jährige unerbittliche Räherin bewohnte seit drei Jahren eine Kammerkammer in einer Berliner Kneipe. Sie war genötigt, Wasser auszuholen und Abortanlage mit anderen Mietern gemeinsam zu benutzen. Dies führte zu Streit und Streit. Ihre Aufregung steigerte sich von Tag zu Tag, sie bildete sich ein, sie werde von allen Hausbewohnern verfolgt, glaubte, man werte ihr vor, sie hätte das Kneipen abfackeln verstanden, sie sei geschlechtlos, man verabscheue sie, sie wolle sie schlagen. Was tat die Frau? Sie erhob gegen alle Hausbewohner Klage wegen Beleidigung und Körperverletzung. Die Gerichte und Rechtsanwälte mußten sich mit unnützem Schreibwerk befassen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wäre alles dieses erspart geblieben, hätte die erwähnte Räherin eine ausreichende kleine Behausung gehabt.

Eine 42jährige Bugmaderin wohnt als Untermieterin bei einem Ehepaar. Zunächst herrschte Friede und Freundlichkeit. Da stellt sich bei dem Ehepaar Familienzuwachs ein und damit Kindergeheul. Die Wohnungssange macht sich empfindlicher bemerkbar. Es kommt zu Handgreiflichkeiten, Beleidigungen und Verleumdungen; die Bugmaderin verläßt aus Rache die Ehe zu verrücken. Kurzum es treten Konflikte schwerster Art auf. Schließlich bekommt die Bugmaderin richtige Wahnvorstellungen. — Gar nicht selten hat die Wohnungsnot bei psychotischen Menschen auch tödliche Folgen. So meldeten die Zeitungen vor kurzem folgendes: „In einer Dreizimmerwohnung des Hauses Höchststr. 22 wohnen drei verschiedene Parteien in je einem Zimmer. Seit drei Monaten herrschen zwischen den Mietern erbitterte Streitigkeiten, die hauptsächlich durch die Benützung eines gemeinschaftlichen Klosets hervorgerufen waren. Im Verlaufe eines Wortwechsels erhob der Renteneinpänger A. den Händler D. und dessen Sohn und bedrohte das Ehepaar S. mit einem Beil.“ Wenn fast die gesamte Presse hier von „Todesopfern der Wohnungsnot“ sprach, hatten sie nur leider allzu sehr recht.

In Frankfurt am Main ereignete sich eine ähnliche Schreckensstat. Die Besitzerin einer größeren Wohnung erhielt vom Wohnungsamt ein Ehepaar zur Zwangsquartierung. Entgegen den Bestimmungen des Mietvertrages verlangte sie ständig mehr Miete und glaubte ihr Ziel zu erreichen, indem sie in gefährlicher Weise über ihre Mieter schimpfte. Die Schamhaftigkeit und Reizbarkeit der Vermieterin steigerte sich immer mehr. Eines Tages tauchte sie sich einen Revolver und schloß ihren Mieter, ohne daß ein Wortwechsel vorhergegangen war, von rückwärts nieder. Die Wärterin wurde auf ihren Geisteszustand beobachtet und es stellte sich heraus, daß bei ihr eine Geisteskrankheit ausgebrochen war. Dieser Fall beweist zur Genüge, wozu eine nicht rechtzeitige Erkennung oder unrichtige Erlösung solcher Geisteskranken führen kann, die bei Wohnungsnot ausserordentlich leicht das größte Unheil anrichten können.

Die Wohnungsnot ist zwar groß und die Neubautätigkeit vorläufig leider noch sehr gering. Man muß aber trotzdem Dr. Bernhard zustimmen, wenn er verlangt, daß bei der wohnungsfürsorglichen Betreuung geistig abnormer Personen die Wohnungsämter nicht nach dem „Schema F“ vorgehen dürfen, sondern entsprechend der Lage jedes Einzelfalles bei der Wohnungszuteilung besonders Bedacht zu nehmen hätten. Es gilt, dafür zu sorgen, daß nicht nur die Lungenfürsorgestellen und die Säuglingsfürsorgestellen, sondern auch die Fürsorgestellen für Gemüts- und Nerventränke, die die persönlichen Verhältnisse und die Eigenart der Krankheitserscheinungen bei den geistig Abnormen am besten kennen, mit den Wohnungsämtern Hand in Hand zusammen arbeiten. Hierfür zu sorgen, in dieser Beziehung ein Bindeglied herzustellen, ist sicherlich eine bedeutende Aufgabe der kommunalen Gesund-

heitsämter. Will man der Wohnungsnot steuern, will man unter den obwaltenden Wohnungsschwierigkeiten die schlimmsten Schäden ausmerzen oder herabzumindern versuchen, so darf man an einer planmäßigen wohnungsfürsorglichen Betreuung der psychotischen Persönlichkeiten nicht vorbeigehen.

Dr. med. Alfred Korach.

Aus den Bezirken.

3. Bezirk — Wedding.

Auf der Tagesordnung der letzten Bezirksverordnetenversammlung stand ein kommunistischer Antrag, der u. a. forderte, daß die bisherige Altersgrenze für die Benützung von Jugendheimen und sonstigen sozialen Einrichtungen von 18 auf 21 Jahre heraufzusetzen sei. Dieser Antrag war von der vorletzten Bezirksverordnetenversammlung einem Ausschuss überwiesen worden. Als Berichterstatter dieses Ausschusses sprach Genosse Klose. Er führte aus, daß der Ausschuss eine Ablehnung des Antrages empfehle, weil eine Herabsetzung der Altersgrenze von 18 auf 21 Jahre für die Lohnverhandlungen der Gewerkschaften verhängnisvoll werden könne. Nach ihm sprach der Vertreter der kommunistischen Fraktion, ohne Material für Begründung des Antrages vorbringen zu können. Genosse Klose wies ihm gegenüber darauf hin, daß die Kommunisten im Ausschuss ihren Antrag nicht einmal begründet hätten. Das war entweder ein Mangel an Intelligenz oder an Material. Trotzdem die KPD. im Ausschuss in Aussicht gestellt habe, das Material zur Begründung ihrer Anträge zu beschaffen, habe sie hier verfaßt. Die Debatte spitzte sich zu, als Genosse Klose ausführte, daß ein Mitglied der KPD., der Stadtrat Hesse, gefagt hätte, die KPD. wäre zu einer Diskussion verpflichtet, wenn Genosse Klose objektiv berichtet werde. Er habe wie stets objektiv berichtet. Trotzdem habe sich die KPD.-Fraktion nicht an ihre Zusage gehalten. Das war wieder ein Beweis für die Unzuverlässigkeit der KPD. Der Redner der KPD. gab zu, daß Klose objektiv berichtet habe. Der kommunistische Stadtrat habe wahrscheinlich in der Fraktionsitzung der KPD. geschlafen, oder sei nicht anwesend gewesen. Sonst hätte er so etwas nicht sagen können. Allgemeine Heiterkeit erregte das Auftreten der deutschnationalen Rednerin, die erklärte, im Ausschuss und in der Bezirksverordnetenversammlung werde nur gequatscht. Man rief ihr zu: „Dafür sorgen Sie“. Der Antrag der Bürgerlichen Vereinigung, die abgebauten Beamten wieder einzustellen, wurde abgelehnt. Der Errichtung eines Verwaltungsgebäude im Bezirk Wedding wurde zugestimmt.

5. Bezirk — Friedrichshain.

Allen Erwartungen der überfüllten Tribüne entsagen verließ die Sitzung der Bezirksverammlung Friedrichshain am letzten Mittwoch in völliger Ruhe. Bezirksverordnetenvorsteher Genosse Kanjer gab vor Eintritt in die Tagesordnung bekannt, daß die Fraktionen den Konflikt in der vergangenen Sitzung im Hinblick auf die zu erledigende Arbeit als erledigt betrachteten. Ein Antrag der Kommunisten, Abschriften von den Wählerlisten den Parteien zuzustellen, wurde abgelehnt. Ein Antrag der Deutschnationalen, der Forderung wegen in den Monaten Juli und August die ordentlichen Sitzungen der Bezirksverammlung ausfallen zu lassen, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Ein weiterer Antrag der Kommunisten verlangte, daß von der Bezirksverammlung ein Ausschuss eingesetzt werde, dem die Prüfung der vom Jugendamt der Fürsorgeziehung überwiesenen Fälle zuzutreten solle und daß ferner Jugendpfleger nur aus proletarischen Kreisen anzustellen seien. Bezirksverordneter Bittorf begründete diesen Antrag mit dem Vortrag des Volkes eines in Fürsorgeziehung gegebenen Jünglings. Stadtrat Genosse Klotz erwiderte, daß gerade dieser Fall dem Jugendamt schwere Bedenken gemacht habe. Die Mutter des Jünglings selbst aber habe schließlich Fürsorgeziehung verlangt. Jetzt habe das Jugendamt in diesem Falle keinen Einfluß mehr auf die Gestaltung der Dinge. Im übrigen sei es dem Jugendamt gelungen, die Anträge auf Fürsorgeziehung um über 60 Proz. herabzudrücken. Der Antrag der KPD. entbehre der gesetzlichen Grundlage. Hier könne nur die Stadtverordnetenversammlung eingreifen. Bezirksverordneter Treitin (Dnaff.) song sodann ein Loblied auf den „christlichen Gedanten“ und verjante zu beweisen, daß Fürsorge aus proletarischen Kreisen keine jugendpflegerische Arbeit leisten könnten, da sie ja „nichts gelernt“ hätten. Genosse John einigte sich ihm schloßfertig und hob vor allem die Wichtigkeit fürsorglicher Arbeit in Kneipen und Kammelpflegen hervor. Der Forderung auf Anstellung der Jugendpfleger aus proletarischen Kreisen sei das Bezirksamt Friedrichshain in weitestem Maße gerecht geworden. Der KPD.-Antrag wurde schließlich abgelehnt. Der Volksparteiler Fuhrmann verlangte Neuaufstellung der Listen für Wohnungsjuchende und begründete diesen Antrag unter heftigen Ausfällen gegen die Wohnungszwangswirtschaft und gegen die republikanischen Institutionen. Er mußte sich dafür eine treffliche Zurückweisung durch den Stadtrat Schmidt (Zentr.) gefallen lassen. Stadtrat Bansch (KPD.) wies gleichfalls die Angriffe zurück und stellte fest, daß im Bezirk 21 626 Wohnungsgesuche vorliegen, für deren Neueintragung die Arbeit nicht gerichtet ist. Nachdem u. a. noch Genosse Görg dem Antragsteller sein besonderes Eintreten für die Hauswirte bescheinigt hatte, wurde unter Ablehnung des volksparteilichen Antrages ein Antrag der Kommunisten angenommen, der gegen die Verfügung des Wohlfahrtsministeriums zur Bevorratung der Beamten bei der Wohnungszuteilung scharfen Protest erhebt und Aufhebung verlangt. In später Abendstunde gelangte sodann noch ein Mißtrauensantrag gegen den Bezirksbürgermeister, Genossen Mielig, zur Verhandlung. Ostrowski (KPD.) begründet den Antrag damit, daß Genosse Mielig, ohne die Berücksichtigung in der Bezirksverammlung abzuwarten, dem Magistrat den Etat eingereicht und damit seine Rechte überschritten habe. Stadtrat Dr. Gilmann wies als Vertreter des Bezirksamts diese Darstellung zurück, da dem Bezirksbürgermeister nach dem Gesetz Groß-Berlin ein solches Recht durch-

aus zusteht und diese Handlung nur auf Anforderung des Magistrats und im Interesse des Bezirkshaushalts erfolgt sei. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und Deutschnationalen durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Ein künstlicher See.

— Birkenwerder, das zu den landschaftlich besonders bevorzugten Paraden Berlins gehört, ist um eine Sensation reicher geworden. In allernächster Nähe des Ortes — in 15 Minuten durch den Wald zu erreichen — liegt das reizvolle Tal der Briesse. In diesem Bachtale ist in unmittelbarer Nähe der Kolonie Briesse ein von Menschenhand geschaffenes Werk entstanden, das Beachtung verdient. An einer Stelle, wo sich noch vor wenigen Monaten ein unpflanzbarer Morastboden befand, ist ein 10000 Quadratmeter großer künstlicher See mit einer Badeanstalt entstanden. Über vier Monate haben durchschnittlich täglich 50 Arbeiter 16000 Kubikmeter Erdmassen bewegt. Der Grund des neuen Sees, der von der Briesse unaufhörlich durchströmt wird, besteht aus reinem hellen Sand. Röhrläusen umgeben die Badeanstalt, die 60 Umkleekabinen und den Aufenthaltsraum für den Bademeister, einem gepflanzten staatlichen Schwimmbaum, enthält. Die Kabinen dienen nur zum Umkleiden. Die Garderobe selbst wird in einem separaten Haus abgegeben, in dem für 500 Anzüge Platz ist. Erwähnenswert ist noch, daß von der 10000 Quadratmeter großen Wasserfläche 3000 Quadratmeter auf den Nichtschwimmerteil entfallen, daß ein Springturm und eine 50-Meter-Bereichsbahn vorhanden ist. Die Tiefe des Sees beträgt durchschnittlich drei Meter. Am Mittwoch wurde die Badeanstalt im Beisein von Vertretern der Behörde, des Stadtratsamtes und der Presse eröffnet.

Wohnungsbau und Eheschließungen.

In Berlin werden im Jahre etwa 30 000 Ehen geschlossen. Wohnungen werden in diesem Jahre rund 12 000 fertiggestellt. Die Zahl der Eheschließungen ist also ganz erheblich größer als die Zahl der neuen Wohnungen, die gebaut werden. Reht als die Hälfte aller geschlossenen Ehen hat keine Aussicht auf eine eigene Wohnung. Daraus entstehen Zustände, die auf die Dauer unerträglich werden. In diesem Jahre werden gegenüber den vorhergehenden Jahren noch verhältnismäßig viel Wohnungen gebaut. Das Mißverhältnis zwischen Wohnungsbau und Eheschließungen sah seit Kriegsausbruch bis 1925 noch viel schlimmer aus. So wurden z. B. in Reutheim

Jahr	Wohnungen hergestellt	Ehen geschlossen
1912	2792	2514
1915	138	1064
1917	7	1639
1919	90	3407
1922	39	3375
1924	40	2113

Für Charlottenburg ergibt die Gegenüberstellung ein ähnliches Bild:

Jahr	Wohnungen hergestellt	Ehen geschlossen
1912	2565	3221
1919	76	457
1922	267	407
1924	312	287

Aus der Gegenüberstellung geht hervor, daß die Zahl der Eheschließungen die des Wohnungsbauens ganz erheblich übersteigt. So ist die große Zahl der Wohnungsjuchenden entstanden, die nach durch Zugang von Auswärtigen vermehrt wurde. Nach der Statistik sind in Berlin rund 100 000 Wohnungsjuchende vorhanden. Diese Zahl muß sich selbstverständlich noch mehr vergrößern, wenn nicht mehr Wohnungen als bisher gebaut werden.

Der Berliner Volks-Chor (Dirigent Dr. Zander), Berlins größter gemischter Arbeiterchor, verleiht seinen 22. Jahresbericht. Aus ihm geht hervor, wie schon jetzt alle kulturellen Bestrebungen der Arbeiterklasse unter der Arbeitslosigkeit leiden müssen; auch die sonst oft überfüllten Volkskonzerte waren nur möglich, so daß bei den großen Konzertveranstaltungen für Orchester und Solisten ein Defizit nicht zu vermeiden war. Trotzdem will der Chor auch im kommenden Winter ein ebenso umfangreiches wie schönes Konzertprogramm durchführen versuchen. Es sind drei große Chorwerke in Aussicht genommen. Gleich nach dem zu Pfingsten in Brandenburg veranstalteten Gausangfest wird der Chor mit den Vorbereitungen zum ersten Chorconcert beginnen, das eine Auswahl kleinerer Chorwerke bringen soll (Wagners Siegesfestspiel von Schubert, Ränke von Brahms, Wanderers Sturmlied von Rich. Strauß und die Walspurnachts von Mendelssohn). Darauf soll im zweiten Konzert die Johanna-Passion von Bach folgen und das letzte wird Fausts Verdamnung von Berlioz bringen, welches Werk auch auf dem ersten deutschen Arbeiterängerkongress in Hannover vom Chor gelungen werden wird. Auch die A-cappella-Bereinigung des Chors plant mehrere eigene Konzerte. — Die Elementarkurse für neuereintretende Mitglieder ohne Notenkenntnisse sollen im Herbst wieder in mehreren Klassen aufgenommen werden, während die Vorgesrittenen in einem Fortbildungskurs vereinigt werden. Alle Kurse und Chorproben finden im Andreas-Realgymnasium, Kopenstrasse 76, statt; die Kurie und A-cappella-Proben Montags, die großen Chorproben Freitags von 8-10 Uhr. — Noch mehr als durch die eigenen Konzerte wurde der Volkschor im abgelaufenen Jahr durch Mitwirkungen in Anspruch genommen, darunter allein dreimal die Reunite Sinfonie von Beethoven. Für die neuen Mitglieder wird dies Werk vom 4. Juni ab jeden Freitag von 8-8 1/2 Uhr geübt werden. Die Aufnahme neuer Mitglieder findet Freitags in den Chorproben statt; der Monatsbeitrag beträgt einschließlich Zeitungsubskription 1,10 M. Es liegt zu hoffen, daß der Volks-Chor, der im abgelaufenen Jahr keine Einbuße an singenden Mitgliedern erlitt, durch zahlreiche neue Mitglieder vergrößert werden wird, um alle großen Pläne im kommenden Winter in gewohnter Weise durchführen zu können.

FRITZI MASSARY

jetzt auch ohne Mundstück!



URTEILEN SIE SELBST!

Deutschland / Rußland / Locarno.

Der deutsch-russische Vertrag vor dem Reichstag.

Im weiteren Verlauf der Fürstendebatte im Reichstag verliest Abg. v. Graefe (Böhl.) eine Erklärung des Inhalts, daß seine Fraktion die Regierungsvorlage ablehnt.

Darauf gehen die Abgg. v. Guérard (Zir.) und Koch-Weser (Dem.) die schon im größten Teil der gestrigen Abendausgabe veröffentlichten Fraktionserklärungen ab, in der sie den Hindenburg-Brief auf das schärfste mißbilligen.

Abg. Mollath (B. Vgg.) gibt eine kurze Erklärung ab, die sich gegen den Volkseinscheid wendet, weil die einschüßigste Entscheidung der Fürsten gegen Befehlshüter und Moral verstoße. (Lachen links.)

Damit ist die Aussprache beendet. Die Kommunisten wünschen die sofortige Beschlußfassung über den von ihnen eingebrachten Mißtrauensantrag.

Abg. Müller-Franken (Soz.) stellt dazu fest, daß der Mißtrauensantrag der Kommunisten noch gar nicht im Druck vorliege. Die Abgeordneten hätten das Recht, den Wortlaut des Antrags erst kennen zu lernen. Die Abstimmung könne daher erst morgen vorgenommen werden.

Es folgt die

1. Beratung des deutsch-russischen Vertrages.

Reichskanzler Dr. Marx:

Der Herr Reichsaußenminister hatte die Absicht, die Vorlage selbst zu begründen. Er ist dabei leider durch Unwohlsein verhindert. Der vorliegende Vertrag mit der Sowjet-Union bedarf nach der Verfassung an sich nicht der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften, angesichts seiner besonderen politischen Bedeutung hat sich die Reichsregierung entschlossen, diese Zustimmung trotzdem einzuholen. In den vergangenen Jahren hat kaum jemals eine allgemeine außenpolitische Aussprache im Reichstage stattgefunden, bei der nicht übereinstimmend die Notwendigkeit guter Beziehungen zu Rußland betont worden wären. Schon im Vertrag von Rapallo vom Frühjahr 1922 zeigte sich das beiderseitige Bedürfnis, die jahrhundert alte Grundlage guter Beziehungen wieder herzustellen. Deutschland und Rußland befanden sich, wenn auch aus verschiedenen Gründen, in einer Art von Isolierung gegenüber fast allen anderen großen Völkern. Der Vertrag erschien als aus einer Art Schicksalsgemeinschaft geboren, er war aber gleichwohl kein Bündnis mit aggressiven Zielen. Sein Zweck lag allein darin, die Gegensätze des Weltkrieges durch Verständigung zu beseitigen und die Grundlage für ein vertrauensvolles Nebeneinanderleben der beiden Völker zu schaffen. Seitdem hat die deutsche Politik die Linie verfolgt, auch mit den Mächten des Versailler Vertrages zu einer Verständigung zu gelangen. So hat uns unser Weg vom Ruhrstreik und der Sanktionspolitik zu der Londoner Dames-Konferenz und von da nach Locarno und Genf geführt. Auch Rußland hat seine außenpolitische Stellung seit 1922 festigen können. Aber diese Entwicklung hat nichts an der Tatsache geändert, daß im deutschen wie im russischen Volke die Erkenntnis lebendig ist, daß sie

in mannigfacher Hinsicht aufeinander angewiesen

sind. Auf dieser Erkenntnis beruht auch der vorliegende Vertrag. Er ergänzt den Vertrag von Rapallo durch neue konkrete Einzelbestimmungen. In Rußland hat man die letzte Phase der deutschen Außenpolitik zuerst mit Mißtrauen angesehen. Die Verträge von Locarno und der angekündigte Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sind anfänglich vielfach als eine Schwenkung unserer Politik, als eine ausschließliche Orientierung nach dem Westen kritisiert worden, die die Aufrichterhaltung guter Beziehungen zu Rußland auf die Dauer unmöglich machen würde. Dieses Mißtrauen war unbegründet, aber wir haben es doch für notwendig gehalten, das deutsch-russische Verhältnis der neuen politischen Situation anzugleichen. Diese Angleichung ist der eigentliche politische Sinn des Berliner Vertrages. Die Unterhaltungen darüber haben geraume Zeit in Anspruch genommen, sie führten aber schließlich zu einer beide Teile befriedigenden Verständigung.

Der gesunde Ausgleich liegt darin, daß die beiden Länder sich die freundschaftliche Fühlung in den gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten versprechen und daß sie sich daneben zu Neutralität für den Fall verpflichten, daß einer von ihnen trotz eigenen friedlichen Verhaltens angegriffen oder Gegenstand einer aggressiven Wirtschaftspolitik dritter Mächte wird.

Mehr als einmal ist von der Reichsregierung betont worden, daß die Locarno- und Völkerbunds politik keine Stütze gegen Rußland hat und daß es für Deutschland unmöglich ist, etwaige aggressive Tendenzen gegen Rußland zu unterstützen. Auch die Mächte, mit denen wir in Locarno verhandelt, haben derartige Tendenzen weit von sich gewieken. Unter diesen Umständen lag nicht die geringste Veranlassung dafür vor, daß der Abschluß des Vertrages, wie es zuerst der Fall war, in der Öffentlichkeit des Auslandes Aufsehen erregte und zu den verschiedensten Kombinationen führte. Bieleicht wäre es logischer gewesen, den Berliner Vertrag erst nach Vollziehung des deutschen Eintritts in den Völkerbund zu schließen. Aber nicht unsere Schuld ist es, daß das bisher nicht geschehen konnte.

Der Berliner Vertrag bedeutet keinen Verzicht auf die Fortführung der Locarno- und Völkerbunds politik, er bildet eine Ergänzung dazu.

Die Jugend für den Volkseinscheid!

Die Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlins trifft sich zur Kundgebung für den Volkseinscheid am 14. Juni, abends 7 Uhr pünktlich im Lustgarten vor der Schloßfreiheit.

Jeder begibt sich direkt zum Treffpunkt seines Werbebezirks. Nachzügler eilen sofort zum Lustgarten. Für uns spricht Genosse Max Westphal. Der Bezirksvorsitzend.

Auch diejenigen fremden Regierungen, bei denen der Berliner Vertrag zuerst gewisse Besorgnisse auszulösen schien, haben sich davon überzeugt, daß die deutsche Politik keinerlei Widerspruch in sich schließt und daß es selbstverständlich nicht die Absicht der deutschen Regierung war, sich durch die neuen Abmachungen den Verpflichtungen zu entziehen, die sich für Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerbund aus den Locarnoverträgen oder der Völkerbundmachung ergeben. Die deutsche Politik ist eine Politik des Friedens. Aber eine Friedenspolitik kann nicht einseitig sein und unser Ziel kann deshalb nur darin bestehen, das System friedlicher Abmachungen auf alle Länder zu erstrecken. Wir müssen erwarten, daß diese unsere Politik bei allen denen, die das gleiche friedliche Ziel verfolgen, nicht nur Verständnis, sondern auch Unterstützung findet. (Beifall.)

Abg. Dr. Dernburg (Dem.) gibt im Namen aller Regierungsparteien eine kurze Erklärung ab, in der der Abschluß des Vertrages begrüßt und ihm zugestimmt wird.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

erklärt die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem Vertrag. Zu einer eingehenden Besprechung liegt uns so wenig Veranlassung vor, als der Abschluß des Vertrages im deutschen Volke kaum auf Widerspruch gestoßen ist und inzwischen auch die kritischen Stimmen im Auslande verstummt sind. Man hat dort eingesehen, daß die Beschränkungen, die zuerst an den Vertrag geknüpft wurden, unbegründet waren. Man hat das vor allem auch in Frankreich eingesehen und ich erinnere in diesem Zusammenhang nur an die Debatte im französischen Senat in den letzten Tagen, an die Rede des Ministerpräsidenten Briand und an die Erklärung des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des französischen Senats Hubert, wonach der Berliner Vertrag Locarno nicht widerspreche, sondern von demselben Geiste inspiriert sei wie der Rheinpakt. Das ist auch die Meinung des französischen Volkes in seiner großen Mehrheit. Ich selbst sprach vor ganz kurzer Zeit in Frankreich in einer öffentlichen Versammlung über den deutsch-russischen Vertrag, von keiner Seite wurde daran Kritik geübt oder Widerspruch erhoben.

Nach unserer Meinung ist das Abkommen zwischen Deutschland und der Sowjet-Republik ein Instrument des Friedens und es soll ein solches sein.

Es ist eine Ergänzung des Locarnopaktes, es steht in keiner Weise in Widerspruch mit den Satzungen des Völkerbundes und den Verträgen, die auf diesen Satzungen basieren. Man mag es als mißlich empfinden, daß es bis jetzt eine große Reihe von europäischen und europäisch-asiatischen Einzelerträgen gibt, die den Frieden der Welt

aufrecht erhalten sollen; aber wir stellen fest, daß das die naturnotwendige Folge des Scheiterns des Genfer Protokolls vom Jahre 1924 ist. Es mag weiter der Einwand erhoben werden, daß der neue Vertrag für Deutschland nicht allzuviel an Positivem bringe und daß Rußland so aller Wahrscheinlichkeit nach unter keinen Umständen jemals an die Seite einer Macht getreten sein würde, die zum Angriff gegen Deutschland geschritten wäre. Aber wertvoll an dem Vertrag erscheint uns vor allen Dingen, daß auf diese Weise die russische Regierung und das russische Volk über unsere friedlichen Absichten und über die friedlichen Tendenzen des Völkerbundes, dem auch Deutschland angehört wird, beruhigt worden sind.

Darüber hinaus hat das Abkommen auch eine europäische Bedeutung infolgedessen, als es ein Schritt auf dem Wege ist, der die russische Regierung in das europäische Friedenssystem allmählich einbegreift und einschließen soll.

Bielleicht ist Rußland heute mehr gesonnen, diesen Weg zu gehen, als noch vor einiger Zeit. Gewisse seiner Pläne, die es in Asien verfolgte — ich erinnere an China und auch an die Türkei — verwirklichen sich nicht und werden sich nicht verwirklichen. Wahrscheinlich wird sich Rußland genötigt sehen, trotz seines bisherigen Widerpruches schließlich doch in das System der friedlichen Mittel, die in Europa angewendet werden, einzutreten. Es ist immerhin bezeichnend, daß die russische Regierung selbst in dem Briefwechsel, der zwischen dem deutschen Außenminister und dem russischen Botschafter in Berlin geführt worden ist, keinen Widerspruch gegen die deutsche Feststellung erhebt, daß der Völkerbund ein Instrument des Friedens sei. Wir schließen daraus, daß auch in dieser Beziehung die russische Regierung anfängt, zum mindestens eine bessere Erkenntnis zu erwerben, als sie sie bisher auf diesem Gebiete befaßt hat. (Abg. Thälmann (Komm.): Sie als Behermister von Rußland!) Rein, nicht als Behermister Rußlands, ich lasse mich im Gegenteil durch Rußland belehren. Daß Ihnen, Herr Thälmann, diese Feststellung unangenehm ist, ist verständlich, umso mehr, als Sie vor nicht allzulanger Zeit in diesem Hause eine Rede gehalten haben, in der Sie erklärten, daß eben der Artikel 16 des Völkerbunds pakt ein Vakt zum gemeinsamen Angriff gegen Sowjet-Rußland sei. (Abg. Thälmann: Das wird auch durch diesen Vertrag nicht geändert.) Darüber sehen Sie sich mit Herrn Tschitscherin auseinander und nicht mit uns. Ich weiß nicht, ob Herr Tschitscherin sich von Ihnen belehren läßt, oder ob Sie schließlich zwangswise von Herrn Tschitscherin belehrt werden. (Heiterkeit.) Wir haben uns jedenfalls nicht mit der deutschen kommunistischen Partei, deren Schmerz und Mißfallen über diesen Vertragsabschluß wir vollständig begreifen, auseinanderzusetzen, sondern einfach mit den Tatsachen, die innerhalb dieses Vertrages niedergelegt sind.

Ich weise außerdem noch hin auf jenen Passus im Schreiben des russischen Vertreters, in dem es in Uebereinstimmung mit dem deutschen Schreiben heißt, daß man daran denke, einen Vertrag zur friedlichen Regelung aller zwischen Deutschland und Rußland schwebenden Streitfragen zu schließen, und daß dabei in erster Linie auch an einen Schiedsgerichtsvertrag gedacht werden solle, einen Schiedsgerichtsvertrag, den noch bis vor Vollzügen und sonstigen Gebieten auch mit dem polnischen Nachbar zu gelangen.

Wir freuen uns über diese Entwicklung und wie sich davon überzeugt, daß sie in einem gemessenen Abstand von der Entwicklung der deutschen kommunistischen Partei begleitet sein wird. (Heiterkeit und sehr gut!)

Aus dem Abschluß dieses Vertrages ergibt, daß wir uns mit den Westmächten verständigen können, ohne dadurch genötigt zu sein, eine Frontstellung gegen die russische Sowjet-Regierung einzunehmen. Wir wollen im freundschaftlichen Verhältnis zu unserem russischen Nachbar stehen, einem freundschaftlichen Verhältnis, wie es sich schon durch die früheren deutsch-russischen Verträge praktisch erwiesen hat und hoffentlich auch durch den baldigen Abschluß eines Abkommens über den Produktionskredit befestigt werden kann. Wir haben den dringenden Wunsch, daß auf Grund dieses Vertrages auch gewisse Unstimmigkeiten zwischen Deutschland und Rußland beseitigt werden. Ich denke dabei, um von anderem zu schweigen, vor allem auch an den Fall, der immer noch in Moskau zurückgehaltenen deutschen Studenten, die zunächst wegen angeblicher Angriffe und Attentatsabsichten gegen russische Machthaber zum Tode verurteilt und dann begnadigt wor-



Kaiser's Sonderangebote:

KAISER'S MILCHSCHOKOLADE 1 TAFEL à 100gr. 0,45 3 TAFELN à 100gr. 1,20. KAISER'S KAFFEE MARKE 'Kaffeekanne' 1/2tb-PAKET 1,65. KAISER'S KAFFEE MARKE 'Ausnahme' 1/2tb 1,30. KAISER'S TEE Ceylon-Spezialmischung 1/10tb-PAKET 0,60 1/5tb-PAKET 1,20.

KAISER'S KAFFEE ausgewählte Mischungen Pfd. M. 2,40, 2,60, 2,90, 3,00, 3,20, 3,60, 3,80, 4,00, 4,20, 4,40. KAISER'S TEE keine Mischungen, lose Pfd. M. 4,00, 4,60, 5,20, 6,00, 7,00, 8,00. KAISER'S MALZKAFFEE Unübertroffen! Bester Zusatz zu Bohnenkaffee lose das Pfd. nur 30 Pf. KAISER'S KAKAO SCHOKOLADE und PRALINEN feinste Qualitäten in allen Preislagen

Berlin N: Badstr. 15, Brunnenstr. 76, Chausseestr. 83, Danziger Str. 20, Graefewalder Str. 1, Kastanienallee 36a, Landwehrberger Allee 29, Müllerstr. 166, Reinickendorfer Str. 18, Schönhauser Allee 110, Treckowstr. 18. Berlin O: Frankfurter Allee 60, Gr. Frankfurter Str. 71, Gubener Str. 51, Grüner Weg 40, Kopenikusstr. 18, Krausstr. 48b, Petersburger Str. 81, Stralauer Allee 25b. Berlin SO: Dresdenstr. 115, Neanderstr. 37, Oranienstr. 1, Reichenberger Str. 123, Wrangelstr. 25. Berlin S: Bergmannstr. 33, Gräfe-strasse 25. Berlin SW: Friedrichstr. 227. Berlin W: Culinstr. 1, Genthiner Str. 26, Gleditschstr. 45, Lützowstr. 83. Berlin NW: Alt-Moabit 113, Bismarckstr. 29, Luisenstr. 43-44, Stephanstr. 42, Tarmstr. 47a, Wilsener Str. 30. Berlin C: Alte Schönhauser Str. 20, Charlottenburg: Augsburger Str. 54, Ecks Passauer Str., Berliner Str. 115, Dannebergstr. 36, Großmannstr. 14, Holländerstr. 4, Kaiser-Friedrichstr. 55, Kantstr. 36, Kleiststr. 18, Knobelsdorfer Str. 71, Wilmersdorfer Str. 126, Wilmersdorfer Straße 32, Wilmersdorfer Str. 71, Wilmersdorfer Str. 126, Wilmersdorfer Straße 148, Spandauer Str. 5, Suresstr. 15, Tauzigener Str. 12, Unoldstr. 1, Neanderstr. 37, Potsdamer Str. 1a, Schönhauser Str. 88, Lichtenberg: Boxhagener Str. 60, Frankfurter Allee 101, Frankfurter Allee 224, Wilhelmstr. 10, Wilmersdorfer: Berliner Str. 151, Nürnberger Str. 33-34, Oll-vaar Platz 1, Weststr. 28, Neukölln: Bergstr. 140, Hermannstr. 40, Hermannstr. 115, Kaiser-Friedrichstr. 242, Steglitz: Rheinstr. 42, Schleierstr. 86, Schöneberg: Kaisersplatz, 66, Tempelhofer Str. 21, Oberschöne-walde: Edlastr. 58, Wilhelmshofstr. 41, Adlershof: Bismarckstr. 25, Baumwollenschuleweg, Baumwollenschulestr. 19-20, Britz: Chausseestr. 41, Friedrichsfelde: Berliner Str. 40, Hermsdorf: Bahnhofsstr. 11, Hakenbuschhaus: Berliner Str. 113, Lichtenfelde-W: Hinden-burgdamm 50, Mariendorf: Chausseestr. 34, Pankow: Schönhauser Straße 1, Reinickendorfer: Reichenowstr. 107, Rosenthal: Hauptstr. 13, Scharfke: Steglitzer Str. 25, Schöneberg: Britzstr. 22a, Fegell: Berliner Str. 2, Tempelhofer: Berliner Str. 55, Weissensee: Berliner Allee 142, Cöpenick: Schleierstr. 1, Friedrichshagen bei Berlin: Friedrichstr. 6, Nowawes: Friedrichstr. 30, Potsdam: Branden-burger Str. 2, Scharfke Str. 13.

KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

den sind. Für uns bedeutet dieser Vertrag keine Abwendung von der Westorientierung zur Ostorientierung. Wir vermögen keinen Unterschied zwischen diesen beiden Orientierungen zu machen. Für uns bedeutet der neue Vertrag eine Ergänzung des Locarno-Vertrages. Er bedeutet die Möglichkeit, zwischen dem Osten und dem Westen eine Brücke zu schlagen.

Dieser Vertrag besitzt auch keinerlei Spitze gegen Polen, wir hoffen und wünschen, daß es nunmehr auch möglich sein wird, vielleicht unter den veränderten innerpolitischen Verhältnissen in Polen besser als bisher, zu einer Verständigung auf handelspolitischen und sonstigen Gebieten auch mit dem polnischen zu gelangen.

Unser Wunsch geht dahin, daß der Vertrag, dem wir unsere Zustimmung geben, sich als das auswirkt, als das wir ihn sich auswirken lassen möchten: Als ein Glied in der Kette jener Abmachungen, die den Frieden Europas und den Frieden der Welt garantieren sollen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Hoehsch (Dnatl.) begrüßt gleichfalls den Vertrag. Es sei zu wünschen, daß damit die Spannungen im deutsch-russischen Verhältnis aufhören und daß auch die polnische Politik sich auf die Linie der Verständigung einstelle.

Abg. Graf zu Reventlow (Völk.) stimmt dem Vertrag zu, er wendet sich aber gegen die Auffassung, daß Deutschland eine Brücke zwischen West und Ost sein solle.

Abg. Schneller (Komm.) verliest eine außerordentlich lange Erklärung, in der den deutschen Vätern der Vorwurf gemacht wird, daß sie Rußland übervoorteilen wollten. Die Außenpolitik der Regierung sei nicht geeignet, das in dem Vertrag zum Ausdruck gebrachte Freundschaftsverhältnis zwischen Rußland und Deutschland zu sichern.

Damit ist die erste Lesung beendet. Die zweite Beratung geht ohne Aussprache vorüber. In der dritten Lesung nimmt

Abg. Korsch (Bildkommunist) das Wort, um im Namen der „Internationalen Kommunisten“ zu erklären, daß Verträge von dieser Art für die Arbeiterklasse nichts wert seien, sondern daß sie den Kampf um ihre Befreiung nur auf dem Boden des Klassenkampfes führen könnten. Die kommunistische Partei und die Sowjet-Regierung hätten die revolutionären Prinzipien von Marx und Lenin verlassen.

Der deutsch-russische Vertrag wird darauf in dritter Beratung endgültig fast einstimmig angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der 2. Beratung der Novelle zum Reichsfinanzgesetz. Der Antrag Dr. Roldenhauer, der die paritätische Befugnis der Verwaltungskörperschaften verlangt, wird in namentlicher Abstimmung mit 245 gegen 123 Stimmen abgelehnt.

Die noch ausstehenden Artikel des Gesetzentwurfs werden nach den Beschlüssen des Ausschusses mit unwesentlichen Änderungen in zweiter Beratung angenommen.

Um 4 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Freitag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Abstimmung über den kommunistischen Mißtrauensantrag sowie das Ausschreibungsverfahren mit Frankreich.

Reform des Strafvollzugs.

Abchluss der Justizdebatte im Landtag.

Im Landtag kam es gestern, wie wir schon in einem Teil der Abendausgabe mitteilten, zu einem schweren Tumult, da Abg. Bied (Komm.) bei der Begründung eines Antrags zum Hindenburg-Brief eine vollkommen unparlamentarische Tonart gegen den Reichspräsidenten anschlug, und die Deutschnationalen diese Rügeleien durch Rügeleien zu überbieten versuchten. Abg. Bied erhielt drei Ordnungsrufe. Die Sitzung wurde zweimal unterbrochen und in einer Zwischentagung des Ältesten-Ausschusses festgestellt, daß Bied beim Abtritt von der Tribüne Beleidigungen gegen Hindenburg ausgestoßen hatte, die im Lärm

Elsaß-Lothringer, Ostmärker, Oberschlesier, Auslands- und Kolonialdeutsche!

Was gab man Euch bisher an Entschädigung? Was will man den Fürsten geben?

Antwort gibt Euch die Versammlung am Sonntag, den 13. Juni 1926, vormittags 10 Uhr, im Lehrer-Vereinshaus, Alexanderstr. 41

Redner: Schirmer - Dresden, MdR. Vorsitzender des 22. Reichstags- (Entschädigungs-) Ausschusses. SPD-Berlin.

der Rechten untergingen, und so weder dem Präsidenten gehört, noch in das Protokoll aufgenommen wurden. Bei Eröffnung der dritten Sitzung gibt Präsident Bartels hiervon Kenntnis und fügt hinzu, wenn er die letzten Äußerungen des kommunistischen Abgeordneten gehört hätte, würde er schärfere Maßnahmen ergriffen haben.

Hierauf wird die Justizdebatte fortgesetzt. Die Ausführungen des Abg. Meyer-Herford (D. Sp.) gehen anfangs im Lärm des Hauses verloren. Der Redner verlangt Maßnahmen für die Justizbeamten. Auch die Deutsche Volkspartei wüßte einen modernen Strafvollzug und zunächst einmal die Durchführung der dafür vom Landtag jetzt aufgestellten Richtlinien. Die Fürsorge für die entlassenen Strafgefangenen müsse der Privatinitiative überlassen werden.

Abg. Lüdicke (Dnatl.) begründet den schon im Ausschuss angenommenen Antrag seiner Partei, daß die Verzinsung der kraft Rückwirkung nach dem Aufwertungsgebot wieder eingetragenen Hypotheken spätestens vom 1. April 1926 einheitlich eintritt.

Abg. Schmidt-Düffeldorf (S.) verlangt, daß auch in Preußen Versuche angestellt werden, den Strafvollzug stufenweise durch Vergünstigungen zu mildern und schließlich den Uebergang in die Freiheit vorzubereiten. Der Strafvollzug in Stufen müsse im Mittelpunkt der ganzen Reform stehen. Zeigt eine innere Wandlung der Gefangenen Besserungsfähigkeit und -willigkeit, so muß er in eine günstigere Stufe kommen. Auf Verstand, Gemüt und Willen des Gefangenen muß eingewirkt werden, um ihn zur Besserung zu bringen. An der Spitze größerer Anstalten müssen

Männer stehen, die auch wirklich eine Ahnung von Erziehung haben. (Sehr wahr! im Zentrum und links.)

Abg. Kaiser (Komm.) begrüßt die Ausführungen des Vorredners, die von Humanität getragen seien. Leider blieben die Beschlüsse auf humanere Gestaltung des Strafvollzuges durchweg auf dem Papier stehen.

Staatssekretär Frihe gibt eine kurze Beantwortung der kommunistischen Anfrage über die Behandlung des Strafgefangenen Burg in der Strafanstalt Wartenburg i. Ostpr. Er macht des Weiteren auf die finanziellen Schwierigkeiten den Anträgen auf Vermehrung der Beamten gegenüber aufmerksam. Mit dem Urlaub von Gefangenen habe man schlechte Erfahrungen gemacht; so seien z. B. zwei Gefangene in Gollnow nicht rechtzeitig wieder zurückgekommen. (Zuruf des Abg. Wenzel-Halle (Komm.): Die Beurteilungen sind alle pünktlich zurückgekommen; das war nur nicht der Fall bei zwei Leuten, die keinen Urlaub erhalten hatten, und die ihn sich selbst genommen hatten! — Heiterkeit.) Nun, dann hätten sie wenigstens den selbstgenommenen Urlaub nicht weiter ausdehnen sollen.

Abg. Arndt-Heizen (D.-Hannov.) wendet sich gegen die Konkurrenz, die die Gefangenenanstalten durch Vornahme aller Arten von wirtschaftlicher Tätigkeit der Privatwirtschaft, besonders dem Handwerk machen.

Abg. Kuffner (Soz.)

wendet sich gegen den Abg. Lüdicke (Dnatl.), der in seiner Rede das strafrechtliche Urteil in Sachen des Ministerpräsidenten Braun gegen die „Neuzeitung“ und das Disziplinarurteil in Sachen des Attachés Jänike einfach miteinander auf eine Stufe gestellt hatte, als ob ein Strafverfahren und ein Disziplinarverfahren das gleiche wären. Die Deutschnationalen sollten, wenn sie sich jetzt erfreulicherweise so stark für den Schutz der persönlichen Ehre einsetzen, nicht vergessen, daß der verstorbene Reichspräsident Ebert nicht weniger als 300 Prozesse gegen Verleumder hauptsächlich aus dem Lager der Rechten hat führen müssen, wobei die Richter für gewöhnlich Verstöße gegen die persönliche Ehre recht milde aufgefaßt hätten. Zu erinnern sei an den Fall eines Reichswehroffiziers, der vor versammelter Mannschaft behauptet hatte, die Frau Reichspräsident Ebert und Frau Roste hätten das gesamte Silber der Hohenzollern gestohlen und unter sich verteilt. Für diese Verleumdung, an der kein wahres Wort war und die sich gegen Frauen richtete, die mit der Politik nichts zu tun haben, ist der Reichswehroffizier zu 500 Papiermark Strafe verurteilt worden. Die Objektivität des deutsch-nationalen Abgeordneten Stendel gebe daraus hervor, daß er einmal erklärt habe, Antisemitismus habe mit Politik nichts zu tun, und ein andermal begrüßt, daß Böllische, die in einer Synagoge die Fensterscheiben eingeschmissen hätten, auf Grund politischer Unmündigkeit Straferlaß bekommen haben. Für solche Objektivität eines Richters könne man sich bedanken.

Nach einer Einzelberatung des Justizetat und der zweiten Beratung des Entwurfs über die Erweiterung und Einschränkung des Fischereihafens zu Wesermünde stimmte das Haus der Vorlage, die weitere 13 Millionen bereit stellt, in dritter Lesung und in der Schlussabstimmung einstimmig zu.

Um 8 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag, den 22. Juni, 12 Uhr: Zweite Lesung des Polizeietats.

Kein Stillstand!

weitere aufsehenerregende Warenverbilligung!

3 Serien
Bade-Kappen
aus gutem Garn
75, 50, 25 Pt.

Bade-Anzüge 95 Pt.
für Damen u. Herren 1.80, 1.40

Untertailen 50 Pt.
mit Stickerei

Frotté-Handtücher 75 Pt.
guter Ersatzstoff 1.40, 1.10

Hemdenpassen 25 Pt.
mit Träger

Kleiderkragen 25 Pt.
Opal mit Spitze

Valencien-Spitze 50 Pt.
weiß mit oder 1/2 Mtr. Comp.

Leder-Sportgürtel 50 Pt.
für Herren

Kleider-Mousseline 50 Pt.
bläulich-Druck, Mtr. 83, 78

Fresko-Appothek 95 Pt.
Pantofelbarben

Frotté-Appothek 95 Pt.
gestreift

Kleider-Volle 95 Pt.
ca. 300 cm breit

Pa. Schweizer Vollvolle 1 95
ca. 300 cm breit, in den neuen Modellen

Große Posten Wollmousseline 1 45
mit Muster

Wollbafist weiß und farblich 1 95
Mtr. 878

Reinwollene Popeline 3 95
elastisch, doppeltbreit

Handtücher 25 Pt.
grob gestreift

Hemdentuch 80 cm breit 50 Pt.
stärkliche Qualität

Kaffeedecken 1 45
karierter

Hausstuch volle Baumwolle, kräftige Qualität 1 45

Bett-Garnitur kräftiger Wäschstoff, Deckbett u. 2 Kissen 6 95

Jaquard-Handtücher 95 Pt.
volle Größe, Halbtuch

Bett-Garnituren reich bestickt, Deckbett u. 2 Kissen 8 95

Großes Sonder-Angebot!
Wasch-Seide 1⁶⁵ Meter 1³⁰ Meter **95 Pt.**
(Kunstseide) ohne Karo u. Streifen

Best-Seide 1 95
(Kunstseide) naturfarbig

Best-Seide 2 25
rot u. blau, im Aufschlag Mtr. 2.00

Das große Wäsche-Angebot

Mädchen-Hemden 65 Pt.
aus gutem Wäschstoff

Knaben-Hemden 85 Pt.
kräftigen Wäschstoff

Hemdchößen 95 Pt.
garniert

Taghemden 95 Pt.
oder Beinkleider

Damen-Nachthemden 1 95
oder Prinsesschen

Herren-Taghemden 2 95
aus kräftigen Wäschstoff

Mousseline- oder Zephir-Kleider 2 95 1 95

Wasch-Kleider 16 75 12 75
(Kunstseide) Origin. Hamburg & Gumboldt

Allwetter-Mantel 29 75 19 75
kurzhaarig, langärm.

Wasch-Kasaks 4 95 3 95
(Kunstseide) karierter

Sport-Kostüme 14 75
auf Selbstvergnügen

Rips-Mantel 29 75 19 75
ohne Wolle

Wasch-Kleider 3 95 2 95
(Kunstseide) karierter

Lederol-Mantel 16 75
doppeltbreit

Selken-Mantel 19 75
(Kunstseide, Hygiene)

Riesenschürzen 50 Pt.
Mädchen- u. Knabenschürzen

Schürzen 95 Pt.
Jungen- oder Wiener Form, zum Auswaschen

Hauskleider 1 95
Bepfl.

Schulschürzen 95 Pt.
aus gutem Stoff, alle Größen

Selbstbinder 50 Pt.
modernes Muster

Schleifenbinder 25 Pt.
aus bläulichem Stoff

Strickbinder 25 Pt.
aus Baumwolle

Kinder-Schlüpfer 50 Pt.
Größe 30-40

Herren-Socken 25 Pt.
best.

Damen-Strümpfe 78 Pt.
Jules Hennemann, ca. 11, Seidestoff

Herren-Socken 95 Pt.
gute Flor-Qualität

Damen-Strümpfe 95 Pt.
Seidestoff

Untertailen 78 Pt.
gestreift, 1/2 oder ganzer Arm

Kinder-Leibchen 50 Pt.
sehr gestreift

Windel-Höschen 25 Pt.
gestreift

Büstenhalter 50 Pt.
Qualität, gewebt, Tricot

Hemdchößen 95 Pt.
gestreift

Kinder-Anzüge 95 Pt.
sehr gestreift

Schlupf-Hosen 95 Pt.
viele Farben

Herrenkragen 50 Pt.
Bek.- u. Stützungsform, verschiedene Farben

Kunsts. Prinzbrocke 1 95
oder Handbojen

Mur in der Turmstraße

1 Paar Eßbestecke 25 Pt.
mit schwarzen Heft

1 Paar Aluminium- 50 Pt.
Eßbestecke

Müllschaufel lackiert 35 Pt.

Gebäckkasten lackiert 1 95
mit Dekoration

Brotkorb lackiert, 95 Pt.
mit Dekoration

Küchenspiegel mit 25 Pt.
kräftige Holzrahmen

6 Alum.-Kaffeelöff. 25 Pt.

Kaffeeteller Porzellan, 25 Pt.
dekoriert

3 Abendbroteller 95 Pt.
Porzellan, weiß, ca. 20 cm

3 Porzellan-Tass. 95 Pt.
Blau, dek. u. Dekorieren

Porzellan-Vasen 50 Pt.
modern dekoriert, Stück 25

Handfeger lackiert 50 Pt.

Tablets Buchholz 50 Pt.
lackiert

Kompott-Schüssel 50 Pt.
Glas, ca. 24 cm

Kernseife ca. 100 gr. 95 Pt.

6 Bleig. 95 Pt.
oder Leinwand

Frauenstolz 95 Pt.
Bleifarbe

Lanolinseife 50 Pt.
3 Stück

LINDEMANN & CO. AKT. GES.

Berlin, Seifeneberg Hauptstr. 149/150 Berlin, Landsberger Allee 29 Berlin, Turmstr. 15

ATA

Henkel's Scheuerpulver
Mit Ata kannst du alle Sachen
Blitzblank und appetitlich machen.

Zwölf Jahre Zuchthaus.

Novelle von Magdalena Eisenberg.

In einer abgelegenen Großstadtstraße verreckte, auf dem Pflaster liegend, ein Sterbender. Zeit und Raum lösten sich ihm in eine letzte tiefe Ohnmacht auf.

Kam ein nächtlicher Wanderer die Straße hinab. Summte ein Vieh, träumte in jenem halbawachen seltsamen Dufelzustand die Erlebnisse des Abends weiter und gelangte zu der Stelle, wo im matten Laternenlicht der aus vielen Stichwunden blutende tote lag.

Herbert Steinmann blieb erwachend stehen. Beugte sich über den Mann am Boden, dachte an Hilfe, griff aus Versehen mit den Händen in eine Blutlache, fühlte ein Riefeln im Rücken und richtete sich langsam empor mit dem Gedanken im verträumten Hirn: der Kernte gibt kein Lebenszeichen mehr von sich, man müßte feststellen, wer er ist, ihn nach seiner Wohnung schaffen, man...

Schritte kloppten durch die in diesem abgelegenen Viertel stille Nacht. Herbert Steinmann erkannte einen Polizisten. Gut, dachte er und wartete, um den Beamten aufzuklären. Aber der schoß plötzlich sprunghaft vor und Herbert Steinmann fühlte sich eifern an der Schulter gepackt, die andere Hand des Polizisten umklammerte ebenso eifern seinen Unterarm, und wie Donnerschläge hallten die Worte:

„Sie sind verhaftet!“
„Aber mein Herr,“ rief Steinmann fassungslos, „Sie irren sich!“
„Still!“

„Sie irren sich. Ich habe den toten Mann soeben hier gefunden und wollte Hilfe holen.“

„Ach was, das wird sich ja herausstellen!“ sagte achselzuckend der Beamte. „Jetzt folgen Sie mir zur Wache! Alles Weitere wird sich finden.“

Alles Weitere, dachte Herbert erregt, und diese Worte wurden zum Gespenst. Für ihn lag „alles Weitere“ in den Händen der jungen Tochter seines Vorgesetzten, und schlaglichtartig kam ihm die Erkenntnis, wie enorm ihn dieser nächtliche Vorfall schädigen würde, seinem Nebenbuhler, der sich ebenso eifrig wie er um Schön Waltrauts Gunst bewarb, Gelegenheit geben müßte, ihn zu diskreditieren und sich selber einzudringen — nein, um keinen Preis durfte er sich jetzt verhaften lassen, daß sein Name durch die Zeitungen gejagt würde in einer so dunklen Angelegenheit — nein, nein!

„Lassen Sie mich los!“ sagte er brüsk und versuchte den Arm aus der eisernen Umklammerung frei zu bekommen. „Lassen Sie mich los. Sie irren sich und bringen mich unnötig in eine unangenehme Situation. Ich habe eine wichtige Reise vor und kann mich jetzt nicht mit gerichtlichen Scherereien aufhalten. Als Zeuge kann ich gar nichts nützen, denn ich weiß nicht mehr als Sie selbst. Also...!“

Aber eher hätte Herbert Steinmann eine Marmorstatue bewegen können, als diesen Mann des Befehles, der sich seiner Pflicht bewußt war. Jetzt hielt ihn dessen athletische Faust, während die andere Hand etwas Biantes zum Munde führte. Schrill durchpeitschte ein Pfiff die Luft. „Hilfe!“ rief Herbert Steinmann gewarnt, „Hilfe! Man vergewaltigt mich.“ Und plötzlich die wahrstimmige Angst: wenn man mich für den Mörder hält! Diese Angst gab Kraft. Herbert riß sich los.

„Halt, oder ich schleife!“ rief der Polizist, fühlte aber unermartet einen heftigen Stoß vor die Brust, taumelte, empfand sekundenlang dumpfen Anprall gegen die Stirn und stürzte bewußtlos zu Boden, während Herbert Steinmann davonstürmte.

Aber der Fliehende hörte nun auch die Pfeifensignale und laufende Schritte hinter sich, und da verlor er den Kopf, blieb unschlüssig stehen und wußte nicht aus noch ein. Und so wäre er doch noch den herbeieilenden Kameraden des Schutzmannes in die Hände gefallen, wenn er sich nicht plötzlich von hinten am Arm ergriffen und weitergezerrt gefühlt hätte, während ihm die fast gezielten Worte ins Ohr drangen: „Keine Furcht, keine Furcht! Vorwärts! Immer mir nach! Nicht umsehen! Voran! Voran!“

Wie blödsinnig leuchtete Herbert mit. Wie hypnotisiert. Er griff nach dem laufenden Unbekannten, als müßte er sich an ihn festklammern, und rannte blindlings drauf los, nicht wissend, wohin und in welchen Bindungen der Weg, den sie nahmen, lief. Der war eine Flucht durch enge Gassen, über niedrigen Zaun, — Garten? Hof? — Tennisplatz? Kino? Traum?

Aber dann wieder Straße. Und energisches Raunen des Führers, langsam zu gehen, sich nicht auffällig zu machen, ja zu schlendern, zu summen, zu trällern.

Und nun? Noch einen forschenden Blick die menschenleere Gasse entlang — unter die Brücke, vom breiten Pfeiler gedeckt. Tunnel? Durchfahrt? Hier diese Schuppen entlang. Güterbahnhof? Ah Schienen, Gleis. Schnell drüber weg! Vorstadt. Gärten, Chaussee. Wald. Ueber den Aker, dann sind wir am Ziel.

Sie waren in Sicherheit.

Herbert Steinmann lag auf dem etwas feuchten Waldboden mit von Wein zerfetzter Seele. Wie ein waidwundes Tier. In seinen Schläfen zuckte das ausgeblutete Blut wie ein Vorlepparat, hart und schnell. Und als dies unerträgliche Pochen allmählich nachließ, löste sich Herbert Steinmanns Nervenanspannung in einen heftigen Weinkrampf.

Es dauerte lange, bis er wieder sprechen konnte. Aber einflüßeln sagte er nichts.

Dann kroch er vorsichtig zu dem Unbekannten hin und sagte, ihn wie ein Rätsel betrachtend:

„Sie — Sie haben mir — geholfen. Aber warum taten Sie das?“

„Werden wir nicht pathetisch,“ sagte jener, leicht die Schultern hebend, „dazu ist dies Leben nicht geeignet. — hm. — Wenn ich pathetisch werden wollte, könnte ich sagen: ich habe Ihnen das Leben gerettet.“

Herberts Augen weiteten sich:

„Reinen Sie, er hätte mich erschossen?“

„Der Schutzmann? — hm. — Das wäre ja nicht schlimm gewesen.“

„Das wäre...?“

„Nicht schlimm gewesen, sagte ich. Philosophie. Kehren Sie sich nur nicht daran, lieber Kerl. Es wäre wirklich nicht so schlimm gewesen, als wenn er Sie nicht erschossen hätte. Dann hätte man Sie nämlich — hm — gefolpert. Und das ist viel unangenehmer.“

„Aber um Himmelswillen!“ rief Herbert Steinmann. „Sie glauben doch nicht etwa, daß ich mit jenem Morde irgend etwas zu tun habe? Bei Gott, ich dachte nur an meine Ehre und wollte...“

„Lieber Kerl,“ meinte der Unbekannte ab. „Daß Sie mit dem Morde nichts zu tun haben, weiß keiner besser als ich.“

Nun werden wir sie dreschen!

Wilhelm, August 1914.



„Ich habe meine Beute schon!“
Ruft voller Hohn die Inflation.

„Ob ich wohl in der andern Tasche“,
Denkt Wilhelm, „was für mich erhasche!“



Der Michel aber dreht sich um
Und sagt: „Ich bin nicht mehr so dumm.“

Der Wilhelm rennt davon und schreit:
„Versucht! Der greift zum Volksentscheid!“

Der junge Mann fuhr zurück. Aber jener lächelte wiederum: „Fürchten Sie nichts. Ich tue Ihnen nichts. Ich bin zwar einer von denen, die die hohe Hermandad, wie die Spanier sagen, schon lange sucht, und der mit manchem Gefängniswärter sozusagen auf du und du steht...“

„So haben Sie etwa selber...?“ rief Herbert erstaunt und unangenehm berührt.

„Den Mann erstochen, meinen Sie?“ fragte der andere gleichmütig. Und dann, ein wenig lauernd: „Wie wäre es, wenn ich der Mörder wäre? — Dann müßte der junge Herr jetzt eigentlich schliefen, nicht aufstehen und mit dem — Verbrecher kein Wort mehr wechseln, wie? Es wäre ehrenrührig. — Oder ihn der Polizei melden, was?“

Herbert Steinmann fühlte sich vollkommen verwirrt durch diese sonderbare Art des Fremdlings. Er schwieg nachdenklich. Aber er empfand, daß er in dieser merkwürdigen Lage die Antwort nicht schuldig bleiben durfte. Daher begann er nach einer Weile leise:

„Rögen Sie sein, wer Sie wollen, — für mich sind Sie mein — Reiter, der mich aus einer sehr fatalen Lage befreit hat. Sie können sich wahrscheinlich gar nicht denken, wie wichtig es für mich war, nicht an die Dessenlichkeit gezerzt zu werden. Wenn ich auch mit dem Morde nicht das geringste zu tun habe, so würde ich bei einer Gerichtsverhandlung doch angeben müssen, wie ich überhaupt in jenes Viertel kam und was ich dort eigentlich zu suchen hatte, und das — ja das wäre für mich äußerst fatal, kann ich Ihnen nur sagen. Ich bin Ihnen wirklich zu größtem Danke verpflichtet und werde ewig Ihrer in Dankbarkeit gedenken.“

„Sie sind ein junger Enthusiast,“ sagte der Unbekannte wohlwollend und freundlich. „Ich habe in Ihren Jahren ähnlich empfunden. Uebrigens: trösten Sie sich, Sie verschwenden Ihre Dankbarkeit an keinen Mörder.“

„Rein?“ sagte Herbert aufatmend.

„Rein, der Mörder jenes Mannes, den Sie in der Klostergasse fanden, bin ich nicht, trotzdem ich um den Mord einen Tag früher Bescheid wußte als Sie und er.“

Dem jungen Manne wurde immer unheimlicher zumute und infolge einer leichtverständlichen Nervenschwäche fühlte er sich so elend und hilflos wie ein Kind im Dunkeln. Er blickte seinen nächtlichen Reiter scheu von der Seite an, konnte aber nichts weiter erkennen als die stoppelige Unterpartie des Gesichts; die obere war durch einen tief auf den Kopf gedrückten Schlapphut verdeckt. Allmählich ließ erstes Morgendämmern die Sterne am Himmel verblaffen.

Herbert Steinmann murmelte leise:

„Das ist alles so rätselhaft unheimlich.“

Nun lachte der Fremde leise, und es war in seinem Lachen wieder jenes Mitleid, das man Unmündigen gegenüber empfindet.

„Ihnen will ich es erzählen,“ sagte er dann zu dem laufenden jungen Manne, „denn Sie muß es interessieren. Und Sie werden mich nicht einmal anzeigen — obgleich ich davor wenig Furcht hätte — da Sie sozial Wert darauf legen, daß von Ihrem Aufenthalt in jenem Stadtviertel nichts an die Dessenlichkeit kommt. — Der Ermordete war der Kommerzienrat Werentzin, der gerade vom Spielklub kam und mindestens hunderttausend Mark bei sich haben mußte. Aber machen Sie doch nicht so ein jämmerliches Gesicht. Sind Sie nicht im Krieg gewesen? Können Sie kein Blut sehen? Ob es ist gewiß ein idealer Zustand, in dieser Hinsicht empfindlich zu sein und wie Goethe sagen zu können: für wen ist denn solch ein Gebot: du sollst nicht töten? Wer wird denn auf so einen Gedanken kommen

und wie kann man Kinder solche Gebote lehren? — Aber das Leben ist hart, junger Freund. Soll ich lieber schweigen?“

„Nein, nein,“ rief Herbert leise, er war ganz Spannung. Und jener fuhr fort:

„Wie gesagt, ich habe ihn nicht erstochen. Das hat mein Freund getan. Ich war dagegen, denn damit belastete er mein Konto. Darum ließ ich ihm auch den Raub gewissermaßen zur Entführung. Rachen Sie nicht wieder so ein erstauntes Gesicht. Philosophie des Zuchthaus, weiter nichts. Benignitäts meine. — Ja, ich ließ dem Mörder das Vergnügen, weil mir vor dem grauenhaften Akt ekleise. Aber ich unterstützte ihn bei seinem Vorhaben nicht nur theoretisch. Allerdings, ich muß zugeben, hätte ich gewußt, daß er so radikal verfahren würde, vielleicht... — Also kurz, ich wartete, in einem dunklen Haus auf der anderen Straßenseite verborgen, bis die Luft rein war, da mein Freund seine Tat ohne Zwischenfall erledigt hatte und seinerseits — vielleicht, um mich zu prellen — ohne mich das Weite gesucht hatte. Gerade wollte ich mich in Sicherheit bringen, als ich Sie kommen sah. Sie beugten sich über den Sterbenden, man hätte auch annehmen können, Sie untersuchten seine Taschen. Ich mußte natürlich, daß Sie es nicht taten, denn, wer etwas macht, macht das denn doch vorsichtiger, weil er das Risiko kennt, wenn man bei einer Leiche gefunden wird. Ich ärgerte mich über Sie, denn Sie waren mir bei meiner Flucht im Wege. Aber als dann der Schutzmann kam, wurde mir die Sache interessant — aus zwei Gründen, von denen ich Ihnen nur den ersten nennen werde, nämlich die Lust am Schauspiel. Das ist ja das einzige Ertröglische an diesem Leben, daß es gleichzeitig ein Theater ist.“

(Fortsetzung folgt.)

Geundheitswarten. Einen Gesundheitsdienst, der nach der Art der Wetterwarten eingerichtet ist, hat der Direktor der Gesundheitsabteilung von Illinois Dr. Isaac Rawlings ins Leben gerufen. Nach einer Mitteilung der New Yorker „Times“ hat er in den 44 wichtigsten Städten von Illinois „Geundheitswarten“ geschaffen, die seit Anfang Januar wöchentliche Berichte über das Land verbreiten. Es werden regelmäßig die Zahl und die Verteilung der gemeldeten Fälle von ansteckenden Krankheiten auf Karten eingezichnet, und auf Grund dieser Mitteilungen können die Gesundheitsbeamten Gefahren erkennen, die ihren Bezirken drohen und Abwehrmaßnahmen ergreifen. „Die Epidemien,“ sagt Dr. Rawlings, „sind für uns nicht mehr geheimnisvolle Ausbrüche von Krankheiten, sondern wir sind imstande, das Herannahen von Ansteckungsgefahren mit derselben Genauigkeit voranzusagen, wie das Eintreten von Veränderungen der Witterung. Wie ein Sturm oder Gewitter aus den Schwankungen des Barometers vorhergesehen werden kann, so ist der Weg einer Epidemie durch die Feststellung nicht isolierter Fälle und durch die Menge und den Verlauf der Krankheiten festgelegt. Auf der Grundlage der regelmäßigen Berichte, die von unseren Gesundheitswarten ausgehen werden, sind die Behörden in der Lage, Vorsichts- und Schutzmaßnahmen gegen die Einschleppung oder Verbreitung der Ansteckung in den Bezirken zu veranlassen, die ihrer Obhut anvertraut sind.“

Die Bevölkerung Japans. Das Inselreich Japan zählt heute 59 736 764 Einwohner, wobei die Kolonien nicht einbezogen sind. Das bedeutet eine Bevölkerungszunahme von 3 700 000 Menschen innerhalb einer Zeit von 5 Jahren. Osaka ist heute die sechsgroße Stadt der Welt mit 2 114 800 Einwohnern. Tokio hat gleichfalls 2 000 000 Einwohner, Nagasaki 760 000, Kioto 680 000 und Saba 650 000 Einwohner. Diese auffallende Bevölkerungszunahme der japanischen Bevölkerung ist zu erklären aus dem unveränderten Familienleben auf dem Lande.

Stabilisierung der Not?

Die Schicksalsstunde der Arbeiterschaft.

Die schwarze Schicksalsstunde des Arbeiters" nennen die neuen Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung die Periode der Depression, während die Krise die „schwarze Stunde des Unternehmers“ sei. Immer, heißt es da (S. 18), sei die Arbeitslosigkeit in der Depression dauernd verhältnismäßig hoch, und zwar größer als in der Krise, die zuerst Unternehmer trifft. Und so sehen wir auch jetzt, daß in einer gewissen „Stabilisierung der Not“, wie man sagen könnte, die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter nur verhältnismäßig wenig zurückgeht, und daß die Zahl der Vollbeschäftigten noch immer weit geringer ist als im November oder gar im Oktober, zur Zeit, als die neu eröffneten Konjunktur, der Geschäftsaussichten und der Wechselproteste auf dem Höhepunkt stand.

Im der Tat ist es innerhalb des kapitalistischen Systems „natürlich“, daß die Zahl der Arbeitslosen in der ersten Zeit der Depression immer weiter ansteigt und daß sie sich in der zweiten nach Erreichung des Höchststandes nur ganz allmählich vermindert. Denn bei der ersten Krisenerkennung brechen nur die schwächsten Unternehmungen zusammen. Ihre Arbeiter bleiben arbeitslos und je mehr Unternehmungen schließen müssen, um je mehr steigert sich die Zahl der Arbeitslosen. Sie kann sich nur vermindern, insofern eine Überwindung der Betriebe, eine Wiedereröffnung derselben eintritt. Aber als Gegenwirkung dauert während der ganzen Zeit der Depression die Umorganisation der Betriebe an, die ihre Produktion einschränken oder durch Anwendung arbeitsparender Methoden rationalisieren. Das bedeutet immer wieder Arbeitslosigkeit, immer wieder — offensichtlich vorübergehende — Ausschaltung von Angestellten und Arbeitern aus dem Produktionsprozeß. So bildet sich in der Depression ein „innerer Ring“ von Produktion und Konsum heraus. Der Marktmechanismus kümmert sich nicht darum, was aus den Unternehmungen und den Menschen wird, die außerhalb dieses Ringes, unfähig, nichts produzierend, auch kein Recht auf Existenz haben.

Eine gewisse „Stabilisierung“ ist also erreicht, wenn man das überhaupt so nennen will, bei etwa 60 bis 70 Proz. Ausnutzung der Produktionskräfte. Der Kapitalismus glaubt sich ja schon als System gerechtfertigt, wenn die Volkswirtschaft im Ganzen ist, wenn sie nicht, wie in der Krise, zu verfallen droht. Und er hat das „ökonomische Gesetz“ erfinden, nach dem das Brachliegen von menschlicher und mechanischer Produktionskraft und die periodische Vernichtung von Werten „natürlich“ ist, moran nicht gerüttelt werden kann. Aber was ist dieses „Gesetz“ anders als die Wiederkehr derselben Sinnwidrigkeit?

So finden wir auch jetzt, daß die Bewegung der Arbeitslosigkeit und ihr Verhalten nach den sinkenden Preisen ähnlich verläuft wie in den Depressionsjahren 1901/03 und 1908/10. Aber ein wesentlicher Unterschied zeigt sich doch, nämlich ein quantitativer. Die Arbeitslosigkeit ist in der Periode 1908/10 verhältnismäßig rasch zurückgegangen und sie war auch nie so schwer wie in der gegenwärtigen Krise. Die Kurve der Preise war heftiger bewegt als die des Beschäftigungsgrades. Sie zeigte größere Ausschläge, von den Durchschnittswerten her gesehen. Und die Arbeitslosigkeit in der Depression nahm verhältnismäßig rasch ab.

Die gegenwärtige Krise scheint auf dem Arbeitsmarkt heftiger, zäher, dauernder zu sein.

Es muß aber geradezu als Voraussetzung einer baldigen Überwindung der Krise gelten, daß die Preise rascher sinken als die Massenkaufkraft und jedenfalls nicht weniger rasch. Das ist auch, wie wir aus den Schaubildern der oben erwähnten Publikation (S. 21) ersehen können, in den Depressionsperioden vor dem Kriege der Fall. Heute ist es umgekehrt: die Zahlen zum Kreislauf zeigen eine Senkung der konjunkturrempfindlichen Warenpreise von Beginn des Jahres 1925 bis zur Gegenwart um etwa 25 Proz., hingegen

eine Senkung der Vollbeschäftigten um 35 Proz. und mehr.

Da gleichzeitig die Löhne nur theoretisch gleich geblieben sind, faktisch aber sich durchschnittlich reduziert haben dürften, so ergibt sich die Hartnäckigkeit der Depression von selbst. Wenn die Massenkaufkraft rascher sinkt als die Preise, wie soll die Produktionsmenge wieder ansteigen? Im Gegenteil, sie muß die Tendenz zum Rückgang zeigen. So muß man allen Prophezeiungen über den „Silberstreifen am Horizont“ leider recht skeptisch gegenüberstehen.

Viele Umstände spielen hierbei mit. So zweifellos auch die Tatsache, daß die Zahl der Arbeitsuchenden gegenwärtig relativ größer ist als vor dem Kriege, weil viele kleine Rentner, Frauen usw., welche ehemals keine Arbeit suchten, jetzt im Erwerbsebenen stehen. Noch entscheidender aber dürfte sein das oftmals betonte Verhältnis zahlreicher Produktionszweige und die daraus hervorgehende Tendenz zur Rationalisierung. Denn diese Rationalisierung, die keine Preisentwertung parallel geht, verweist doch natürlich die depressive Lage. Die neue Fabrikorganisation wirkt wie eine neue Technik, nur mit dem Unterschied, daß zum Teil keine neuen Produktionsmittel erzeugt werden müssen, um diese neue Technik einzuführen. Es werden also nur Arbeiter freigesetzt, hingegen keine neuen Arbeiter in anderen Betrieben benötigt. Auch die Kartellorganisation mit der Einschränkung der Produktionsmenge wirkt in der gleichen Richtung und endlich auch das Interesse der großen und starken Betriebe, die kleinen zu vernichten und aus dem Markt zu werfen. Ist doch jede Depressionsperiode für die führenden

Unternehmungen, wenn noch freie Konkurrenz vorhanden ist, nur scheinbar nachteilig. Natürlich sind ihre Gewinne in der Depression geringer, aber die Vernichtung ihrer Konkurrenten eröffnet ihnen ja

die Beherrschung des Marktes in der nachfolgenden Konjunkturperiode.

Um das wissen wir aus der Geschichte der Konjunktur früherer Jahre. Aber diese Züge sind heute besonders verhärtet.

Nach einer anderen Richtung hin ist die Lage der Unternehmer sogar bereits günstig: die öffentliche Meinung zeigt heute dem Konjunkturverlauf gegenüber ein weitaus größeres Interesse, und immerhin sind gewisse theoretische Argumente schon zum Gemeingut der Diskussion geworden. So das Argument der Rationalisierung als Überwindung der Krise. Während früher der Unternehmer immer mit dem offenen oder versteckten Widerstand der Arbeiter und Angestellten zu kämpfen hatte, wenn er in Depressionszeiten seinen Betrieb durch Umorganisation verbessern wollte und mußte, während auch die öffentliche Meinung sich gegen die Entlassungen stemmte, so hat heute das Schlagwort der Rationalisierung und Normung von Amerika aus seinen Siegeslauf durch die ganze Welt angetreten. Und auch die Gewerkschaften haben sich damit weitgehend identifiziert. Freilich haben sie das unter Voraussetzungen getan, welche die schädlichen Einwirkungen der Rationalisierung sehr herabsetzen würden: sie haben z. B. in ihrer letzten Denkschrift erklärt, daß jede Rationalisierung von einer Herabsetzung der Preise bzw. einer Lohnsteigerung begleitet werden soll, soweit die Preise nicht entsprechend dem geringeren Arbeitsaufwand herabgesetzt werden. Und sie haben den Standpunkt vertreten, daß die Rationalisierung nicht in erster Linie zur Vergrößerung der Gewinne dienen dürfte. Das ist auch volkswirtschaftlich richtig gesehen. Denn eine erzwungene Steigerung der Gewinne in Depressionszeiten muß nur zu einer Überproduktion und zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit führen, während die richtige Wirtschaftspolitik trachten muß, durch Schonung und Steigerung der Rollenaufkraft

die Produktion wieder auf den höchsten möglichen Umfang zu bringen.

Aber leider: die Gewerkschaften begleiten den Prozeß der Krise mit ihrem Urteil, sie haben jedoch keine Entscheidung. Und sollte man von den Unternehmern die wirtschaftliche Vernunft erwarten, welche zunächst ein Handeln gegen ihr unmittelbares, momentanes Privatinteresse verlangen würde? Depressionsperioden sind die beste Lehrzeit für die Notwendigkeit gemeinschaftlicher Produktionsbeherrschung. So bereitet die Rationalisierung der industriellen Produktion heute zwar eine günstige Marktlage für die Zukunft vor, aber auf dem Rücken der Arbeiter. Im Wesen verläuft der Wirtschaftsprozess so, wie er in einer Depression immer verlaufen ist, nur ist die Arbeitslosigkeit heftiger und hartnäckiger, weil die Inflationskonjunktur länger und gewalttätiger war. Für den Theoretiker ist demnach alles klar. Aber die Massen der Arbeitslosen finden einen schmalen Trost darin, daß heute die Wiederherstellung des Gleichgewichts länger dauern müsse, weil die Konjunktur so lange währte. Ebenso deshalb ist es ein magerer Trost, weil ja die Kriegs- und Inflationskonjunktur den Arbeiter nur mit Scheingewinnen abspeiste, weil sie keine reale Steigerung der Lebenshaltung, sondern nur scheinbare Erfolge brachte. Die solide Hochkonjunktur des „normalen“ Kapitalismus bringt dem Arbeiter wenigstens einen größeren Reallohn, wenngleich dieser nicht so rasch steigt wie die Gewinne.

aber die Arbeitslosen zahlen heute nicht für die bessere Lebenshaltung einer realen Konjunktur, sondern sie müssen es büßen, daß sie den Schwindel der Inflation, unter dem sie am meisten litten, so lange ertragen haben.

Und dabei haben sie nur einen Trost: Geradezu unbeschreiblich wäre das Elend dieser Depressionsperiode, wenn nicht die Gewerkschaften imstande wären, das Lohnniveau zu halten, und wenn nicht die Millionen Arbeitsloser durch die Erwerbslosenfürsorge immerhin noch eine gewisse Kaufkraft erhielten. Dann wäre die Depression nicht die schwere Schicksalsstunde, sondern die Todesstunde der Arbeiterschaft, und die zeitgenössischen Schilderungen aus den Jahren nach den napoleonischen Kriegen gäben etwa eine Vorstellung davon, was die europäische Arbeiterschaft heute zu erdulden hätte ohne die Gewerkschaften und ohne die Stütze des Sozialismus.

Prof. Emil Federer, Heidelberg.

Produktionsförderung in der Landwirtschaft.

Wenn aus öffentlichen Mitteln der Landwirtschaft Kredite gegeben werden, so ist es ein selbstverständliches Erfordernis und eine Voraussetzung für diese Kreditvergabe, daß die Kredite im Interesse der Allgemeinheit — oder anders ausgedrückt — im Interesse der Produktionsförderung der Landwirtschaft verwendet werden. Und es ist eine eben so selbstverständliche Forderung, daß über diese Verwendung der Kredite die Organe der Allgemeinheit eine Kontrolle haben müssen. Reichstagsabgeordneter Genosse Schmidt brachte das bei der ersten Tagung der deutschen Gutspächter, auf der diese Frage behandelt wurde, in der Diskussion zum Ausdruck. Er erklärte, daß die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags dem zur Kreditfrage vorliegenden Gesetz-

entwurf, der die Einführung einer Pfandhypothek für das Fächlerinventar vorsieht, deswegen keine Zustimmung gegeben habe, weil die Kreditvergabe mit der Betriebsberatung und Betriebskontrolle Hand in Hand geht.

Die Tagung war von der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Gutspächter veranstaltet worden, einer Arbeitsgemeinschaft, zu der sich der Domänenpächterverband und der Reichsbund landwirtschaftlicher Pächter zusammengeschlossen haben. Das Hauptreferat der Tagung hielt das Vorstandsmitglied der Deutschen Domänenbank, Rechtsanwalt Klepper-Berlin über die Finanzkrise des Pachtbetriebes. Er wies darauf hin, daß dem Pachtbetrieb im Gegensatz zum Eigenbetrieb heute die Möglichkeit fehle, die kurzfristigen, hochverzinslichen Personalschulden in langfristige Realkredite umzuwandeln. Er könne insofern nicht wie die Eigenbetriebe das ihm während der Inflation verloren gegangene Betriebskapital durch Kreditaufnahme ersetzen. Die bisherige Kreditvergabe an die Landwirtschaft erfolgte völlig systemlos. Der Verwendungszweck wurde nicht kontrolliert. In der Verbindung von Kreditgeschäft und Betriebsbeeinflussung, wie in dem jetzt dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehen sei, liege der erste Anlauf zu einer Umgestaltung des landwirtschaftlichen Kreditgeschäfts unter dem allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt der Produktionsförderung. Es sei aber notwendig, dieses Gesetz noch in dieser Session zu verabschieden, damit die Pächter nicht gezwungen werden, durch die im Herbst fällig werdenden Verbindlichkeiten die Ernte ungeschädigt zu verwerten.

In dem einleitenden Referat, in dem sich Geheimrat Ebeling mit dem Aufgabentwurf der neu gegründeten Arbeitsgemeinschaft befaßte, hatte er schon darauf hingewiesen, daß neben der Kreditfrage auch das ganze Rechtsinstitut der Pacht einer Neuordnung unterzogen werden müsse, daß vor allem der Pächter durch Rechtsvorschriften des allgemeinen Rechts viel wirksamer gestaltet werden müsse, als dies bisher der Fall ist. Er wies dabei besonders auf die fortschrittliche Pachtgesetzgebung in den skandinavischen Ländern und England hin. In einer Resolution wurden die Gedankengänge, die sich mit der Produktionsförderung auf dem Wege der Kreditvergabe befaßten, unterstrichen.

Großhandelsindex.

Die auf den Stichtag des 9. Juni berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem 2. Juni bei im einzelnen nur geringen Preisveränderungen mit 123,7 unverändert geblieben. Die Agrarerzeugnisse liegen wieder auf 123,6 und die Industrierstoffe auf 123,8.

Verringerung der Zinspanne — aber kein Abbau der Provisionen. Die der Berliner Stempelvereinigung angehörenden Großbanken haben den Beschluß gefaßt, trotz der Diskontermäßigung um ein halbes Prozent weiter die gleichen Zinsen auf Einlagen zu gewähren wie bisher. Gezahlt werden demnach 3 Proz. für provisionsfreie Konten mit täglicher Fälligkeit, 3 1/2 Proz. für provisionspflichtige Konten derselben Art und 5 Proz. für Einlagen mit 14tägiger bis monatlicher Kündigung. Die hohe Spanne zwischen Kredit- und Debitsinsen ist damit um 1/2 Proz. verringert, was im Interesse der Gesundheit des deutschen Kreditwesens zu begrüßen ist. Unverändert aber bleiben die noch immer recht hohen Provisionen, die den Kreditverkehr nach wie vor auf das schwerste belasten.

Die Lage des deutschen Kohlenmarktes hat sich im Monat Mai wesentlich gebessert. Das rheinisch-westfälische Kohlenprodukt konnte in diesem Monat 2588 000 Tonnen Kohle, 914 000 Tonnen mehr als im April absetzen und die Halbenbestände um 500 000 Tonnen verringern. Die Absatzsteigerung entspringt hauptsächlich auf den Auslandsmarkt. Das ist offenbar eine Folge des Ausbleibens englischer Kohlenlieferungen für den Weltmarkt. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß dabei nach dem Bericht des Syndikats direkte Abkündigungen mit England nicht erfolgt sind. Die Steigerung des Auslandsabsetzes erstreckt sich vielmehr auf alle in Frage kommenden Länder; insbesondere werden große Kohlenmengen nach Holland verschifft.

Die Gewinne der Berthold-Messingfabrik und Schriftgießerei A.-G. Die Gesellschaft sagt besonders gern über die Höhe der Löhne. Im letzten Jahr hat sie es sogar zu einem monatlichen Streit kommen lassen. Sie sagt in ihrem Geschäftsbericht auch, daß der Geschäftsgang unter der Krise gelitten habe und die Lohn- und Gehaltserhöhungen nicht durch Preisausschläge hereinzubringen gewesen wären. Im vorigen Jahr hat die Gesellschaft, die seit 1918 eine starke Ausdehnungspolitik betrieben hat, sie heute noch fortsetzt und bereits einen großen Teil der Branche beherrscht, eine Dividende von 15 Proz. verteilt. Im Jahre 1925 waren die Gewinne sicher nicht schlechter, eher besser. Der Fabrikationsgewinn ist nämlich von 1,47 auf 1,74 Millionen erhöht. Wenn der Reingewinn in diesem Jahr etwas niedriger ausgemessen wird (496 000 gegen 550 000 M.), so nur deshalb, weil die Gesellschaft grundsätzlich alle Neuzugänge an Maschinen, Stempeln, Matrizen, Werkzeugen und Robillen alljährlich aus dem Fabrikationsgewinn wieder abschreibt. So sind die Abschreibungen diesmal mehr als um 50 Proz. erhöht, von 405 000 auf 621 000 M., der ausgewiesene Reingewinn aber nur um etwa ein Zehntel gesunken. Das Kapital wurde zum Erwerb der A.-G. für Schriftgießerei und Maschinenbau in Offenbach um 1 Million erhöht. Wenn in diesem Jahr die gewöhnlich sehr anständige Dividende von 10 Proz. verteilt wird, so bedeutet das (Offenbach verteilt keine Dividende) auf das nicht erhöhte Kapital von 3,2 Millionen noch einen Dividendengewinn von über 13 Proz. Anlaß zu Klagen besteht insofern nicht, und am allerwenigsten über die Löhne und Gehälter der Belegschaft. Im Gegenteil, die Belegschaft wird sich auch den diesjährigen guten Abschluß zu merken haben.

Reklame-Woche bis Donnerstag, den 17. Juni, für

Malz- und Kornkaffee

Allerfeinste Qualität Pfund 48 Pl. / Hochfeine Qualität Pfund 38 Pl. / Feine Qualität Pfund 30 Pl.

Mischungen

mit ca. 15% Bohnen-Kaffee Pfund 92 Pl. x mit ca. 25% Bohnen-Kaffee Pfund 1.36 Mark

Wer 1 Pfund kauft, erhält 1 1/2 Pfund

Wer 2 Pfund kauft, erhält 3 Pfund

Wer 4 Pfund kauft, erhält 6 Pfund

Kaffee
Groß-Rösterei

Reichelt

Mälzerei

147. Geschäfts